

Volksrecht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Marktstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volksrecht“, Neue Grapenstraße Nr. 5 und Neue Lützenstraße 11, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rmt. monatlich 1,76 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einjährig 17,76 Rmt. + 3,50 Rmt. Zustellungsgebühren 2,40 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle **Dresden 2**
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Zll. Breslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Tag 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Vereins-, Besammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Marktstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt etgehandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Die Reichsregierung fast fertig.

Ein sogenanntes Kabinett der Persönlichkeiten — A eine Weimarer Koalition

Berlin, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Die neue Regierung ist im Werden! Wie sie aussieht, steht vorläufig jedoch noch nicht ganz fest.

Am Montag hat der Abgeordnete Hermann Müller-Franken mit einer ganzen Reihe von Persönlichkeiten verhandelt. Die Erörterungen bezogen sich auf die Möglichkeit der Bildung einer sogenannten Weimarer Koalition und einer Regierung ohne feste Bindung an die Fraktionen. Das Zentrum und die Bayerische Volkspartei haben sich am Montag für die zweite Möglichkeit ausgesprochen. Im Vordergrund der von Hermann Müller geführten Verhandlungen stand deshalb bereits am Montag die Bildung eines Kabinetts ohne offizielle Bindung an die für eine Kabinettsbildung in Frage kommenden Fraktionen. Der Gedanke, eine Weimarer Koalition zu bilden, ist trotzdem von Müller bisher nicht fallen gelassen worden. Die Verhandlungen haben ergeben, daß die bisherigen Minister Brauns, Curtius, Groener und Schäfer aus dem künftigen Kabinett Müller angehören werden. Als sichere Anwärter kommen ferner von der Sozialdemokratie Sennering für das Innenministerium und Hifferding für das Reichsfinanzministerium in Frage. Eine endgültige Entscheidung über die von der Sozialdemokratie zu besetzenden Ministerien und die in das Kabinett zu delegierenden Persönlichkeiten dürfte am Dienstag die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion fällen. Die Besetzung des Reichsernährungsministeriums, des Justizministeriums, des Verkehrsministeriums und des Ministeriums für die besetzten Gebiete ist noch zweifelhaft. Eines dieser Ministerien fällt noch an die Sozialdemokratie. Das Zentrum dürfte zwei dieser Ministerien erhalten und voraussichtlich die Abgeordneten Wirth und Guérard zu ihren Vertretern bestimmen, so daß es in dem neuen Kabinett wiederum drei Mitglieder zählt. Das Reichsjustizministerium fällt wahrscheinlich an die Demokraten mit Koch als Minister. Es ist im übrigen zu erwarten, daß der Abgeordnete Hermann Müller-Franken dem Reichspräsidenten bereits im Laufe des Dienstag eine endgültige Ministerliste unterbreiten kann. In diesem Falle dürfte der Reichstag noch in dieser Woche zusammentreten und eine Erklärung der Reichsregierung entgegennehmen.

Berlin, 25. Juni. (Eigener Bericht.) Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat sich am Montag abend mit der Regierungsbildung beschäftigt und beschlossen, grundsätzlich den für die Kabinettsbildung vorgesehenen Mitgliedern der Fraktion die Genehmigung zum Eintritt in die Reichsregierung zu geben. Die Entscheidung über die Personalfrage wurde bis Dienstag vormittag 11 Uhr zurückgestellt. Voraussichtlich wird der Abg. Wirth das Verkehrsministerium und der Abg. Guérard das Ministerium für die besetzten Gebiete übernehmen. Das anfänglich vorgesehene Amt eines Vizeministers wird nicht geschaffen. Stattdessen ist nun im Zentrum, ob man sich als drittes Ministerium für das Reichsarbeitsministerium oder das Reichsernährungsministerium entscheiden soll. Die Vertreter der christlichen Gewerkschaften in der Zentrumsfraktion opponieren äußerst stark gegen die Beibehaltung des Reichsarbeitsministeriums. Außer sachlichen Gründen sprechen auch persönliche Motive bei dieser Haltung mit. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß das Zentrum auf das Reichsarbeitsministerium verzichtet und dafür das Reichsernährungsministerium übernimmt. In diesem Falle würde die Sozialdemokratie das Reichsarbeitsministerium besetzen.

Der Reichspräsident hat den Abg. Hermann Müller-Franken bitten lassen, ihn bis Dienstag abend 7 Uhr über den Stand der Verhandlungen zu unterrichten und ihm möglichst eine endgültige Ministerliste vorzulegen.

Berlin, 25. Juni. (Eigener Bericht.) Reichsaussenminister Stresemann hat am Sonntag die am Sonnabend mit dem Abg. Hermann Müller geführte telefonische Unterhaltung durch ein Telegramm bestätigt, in dem es u. a. heißt: „Ich glaube nach wie vor, daß ein Zusammenwirken von Sozialdemokraten bis Volkspartei notwendig und möglich ist. Dieses Zusammenwirken wird am besten zum Erfolg führen, wenn Persönlichkeiten aus den Fraktionen der Großen Koalition sich über das Programm klar werden, mit dem sie vor den Reichstag treten und ihr Verbleiben mit diesem Programm stehen und fallen. Eine solche Kabinettsbildung entspricht auch dem Geist der deutschen

Reichsverfassung, die nur die persönliche Verantwortlichkeit der Reichsminister, nicht aber die Verantwortlichkeit von Fraktionen kennt. Da schon, von wenigen abgesehen, über einen großen Komplex von Fragen überhaupt völlige Übereinstimmung besteht, würde ich vorschlagen, einen solchen Versuch zu machen. Wenn in einigen Fragen nicht alle Fraktionen einstimmig sind, so ist das für das Bestehen der Regierung ebensowenig entscheidend wie in Preußen, wo z. B. Sozialdemokraten und Zentrum völlig entgegengesetzte Auffassungen über die wichtige Frage der preussischen Stimmabgabe im Reichsrat vertreten. Herr Dr. Curtius, auf dessen Verbleiben im Reichswirtschaftsministerium ich entscheidenden Wert lege, teilt, wie ich aus verschiedenen Gesprächen mit ihm weiß, meine Auffassung“

Einleitend erklärt Stresemann in seinem Telegramm, daß er sich an einem Kabinett auf der Basis der Weimarer Koalition auch als Reichsminister nicht beteiligen könne. Er betrachtet eine solche Koalition als eine zu schwache Basis, um die großen außenpolitischen Fragen mit der notwendigen Autorität vertreten zu können.

Der „Populaire“ zur Regierungsbildung.

Paris, 26. Juni. (Eigener Funkbericht.)

Zur Kabinettsbildung im Reich enthalten sich die Pariser Blätter heute noch jeden Kommentars. Nur im „Populaire“ äußert sich der sozialistische Abg. Brada ziemlich enttäuscht und pessimistisch. Nachdem die Große Koalition gescheitert ist, schreibt er, will man also ein Kabinett der Persönlichkeiten bilden. Welcher Persönlichkeiten aber? Der Führer derselben Parteien, die sich nicht einigen konnten oder solche, die bei den Parteien nicht die Mehrheit hinter sich haben, wie zum Beispiel Wirth. Die Lage zeugt jedenfalls von schwerster Verwirrung. Es heißt dann weiter: Das Ergebnis sei ein provisorisches. Nach einigen Monaten, vielleicht schon im Oktober, stehe man vor einer neuen Krise.

Kr. Wir müssen gestehen, daß wir diesem neuen Versuch einer Regierungsbildung ziemlich skeptisch gegenüberstehen. Zwar kann man natürlich nicht einfach sagen, daß daraus nichts werden kann, aber die Aussichten, daß diese Regierung in einer unseren berechtigten Ansprüchen Genüge tuenden Weise arbeiten wird, scheinen uns recht gering zu sein. Denn damit, daß man eine Regierung von Politikern bildet, die zwar bestimmten Parteien und Fraktionen angehören, deren Eintritt in die Regierung aber ihre Fraktionen nicht offiziell bindet, sind nicht nur die Streitfragen, die sich erst vor ein paar Tagen als wenigstens im Augenblick unlösbar erwiesen, keineswegs entschieden, sondern es ist damit im Grunde auch keine Regierung geschaffen, die wirklich unabhängig von den Parteien arbeiten kann. Der einzige Vorteil dieser Art der Regierungsbildung ist, daß die strittigen Fragen nicht alle auf einmal entschieden werden müssen, sondern daß man sie nach und nach entscheiden kann, und das bedeutet, daß immerhin einige Fragen, die nicht strittig sind, zunächst einmal erledigt werden können. Diesem Vorteil stehen aber zahlreiche große Nachteile gegenüber: Einmal kann diese Regierung sich keinen festen Arbeitsplan für längere Zeit machen. Sie kann, solange nicht die strittigen Fragen entschieden sind, keine Politik auf weite Sicht treiben, sondern sie muß gleichsam Politik von der Hand in den Mund machen. Daß eine solche Politik gute Politik ist, wird wohl kaum jemand behaupten können. Bei einer solchen Politik ist es fast unmöglich, in seiner Politik eine gerade Linie innezuhalten, ein Hin- und Herschwanken wird nicht zu vermeiden sein. Ein solches Schwanken kann aber unmöglich das Ansehen der Regierung stärken. Sodann ist die Folge dieser Methode, daß alle politischen Fragen, die behandelt werden müssen, einzeln, jede für sich allein, entschieden werden. Das kann zwei verschiedene Wirkungen haben: einmal kann daraus leicht der Zustand entstehen, daß man bei der Entscheidung der einzelnen Fragen in stärkerem Maße nachzugeben bereit ist, als man bei gleichzeitiger Entscheidung über den ganzen Komplex aktueller politischer Fragen in den einzelnen Punkten zugeben geneigt wäre, weil einem die einzelnen Fragen vielleicht für sich nicht allzu schwerwiegend und wichtig erscheinen. Das kann weiter zur Folge haben, daß besonders die Vertreter unserer Partei in eine für die Partei untragbare Nachgiebigkeit hineinschlittern und viel zu spät die Kabinettsfrage stellen. Das aber ist, wie bekannt, gerade die eigentliche Gefahr, die jede Koalitionspolitik mit sich bringt. Daß die strittigen Fragen nacheinander einzeln entschieden werden, kann aber auch die umgekehrte Folge haben, daß man aus Besorgnis vor einem solchen Hineinschlittern sich bei jeder kleinen Einzelfrage allzu sehr darauf versteift, daß man gerade in dieser Frage sich durchsetzen will, während man vielleicht in der einen oder anderen Frage ein Stück entgegenzukommen bereit wäre, wenn man dafür in anderen Fragen, die einem als politisch bedeutungsvoller erscheinen, seinerseits Zugeständnisse

erhält. Mit anderen Worten, man kann, wenn man den ganzen Komplex aktueller Fragen entscheidet, die Entscheidung in den einzelnen Fragen gegeneinander ausgleichen und einander anpassen. Das ist aber nicht möglich, wenn man die einzelnen Fragen ganz für sich behandelt und entscheidet. Hinzu kommt, daß eine solche Regierung in ihrer positiven Arbeit ständig behindert sein wird, weil sie sich von Fall zu Fall immer erst eine Mehrheit für ihre Gesetzentwürfe suchen muß, weil sie nicht von vornherein auf eine feste Mehrheit rechnen kann.

Eine solche Regierung kann deshalb immer nur ein Notbehelf für kurze Zeit sein. Als solcher wird die jetzt im Werden begriffene Regierung offenbar auch von den Instanzen unserer Partei, denen die Entscheidung obliegt, betrachtet. Es muß aber auch betont werden, daß dieser Weg der Kabinettsbildung undurchaus nicht als der für das parlamentarische Regime natürliche Weg erscheint, ferner daß mit einer solchen Kabinettsbildung im Grunde nichts anderes geschieht, als daß die große Koalition unter Vertagung aller strittigen Fragen als eine bloß vorläufige Regierung dennoch gebildet wird. Denn wirklich unabhängig ist ein solches Kabinett von den Parteien ja doch nicht. Das neue Kabinett kann man insofern als ein bestes als ein Kabinett der großen Koalition auf Probe bezeichnen. Denn wenn auch die Parteien und Fraktionen durch die Anwesenheit der ihnen angehörenden Minister im Kabinett selbst nicht gebunden werden, so sind doch die Minister ihrerseits an die Beschlüsse und die Absichten ihrer Parteien und Fraktionen gebunden. Sie können im Kabinett unmöglich eine Politik treiben, die den Intentionen ihrer Parteien und Fraktionen widerspricht. (Wie sehr auch diese Regierung der Persönlichkeiten von den Parteien abhängig ist, beweist die Tatsache, daß Hermann Müller auch jetzt wieder mit den Fraktionen über die Verteilung der einzelnen Ministerstellen und über die Persönlichkeiten der Minister verhandelt.) Da aber diese Parteien sich über wichtigste und aktuelle politische Fragen noch nicht einigen konnten, ist auch das Kabinett der Persönlichkeiten politisch nur sehr beschränkt arbeitsfähig. Es ist höchstens in der Lage, eine Zeitlang die laufenden Geschäfte zu führen und die kleinsten Nebenfragen zu erledigen, über die keine Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien bestehen. Viel mehr als eine geschäftsführende Regierung kann deshalb ein solches Kabinett der Persönlichkeiten nicht sein. Eine parlamentarische Regierung hat eben nur Lebensrecht und Sinn als Ausschluß der Parteien, die in einer Volksvertretung die Mehrheit bilden. Im parlamentarischen System regieren durch Vermittlung der aus ihrer Mitte hervorgegangenen Regierung die Mehrheitsparteien des Parlaments und damit das Parlament selbst. Diese Selbstregierung des Parlaments bzw. seiner Mehrheit ist der eigentliche Sinn des parlamentarischen Systems. Deshalb ist es auch eine natürliche Konsequenz des parlamentarischen Systems, daß die einzelnen Fraktionen, die sich zu einer Mehrheit zusammenschließen, selbst die Minister bestimmen, die die Regierung bilden sollen. Es ist aber gegen den Sinn des parlamentarischen Systems, wenn eine Regierung unabhängig von den Parteien im Parlament gebildet wird. Die Verhältnisse im klassischen Land des Parlamentarismus, in England, bestätigen diese Auffassung. Dort ist seit Jahrhunderten tatsächlich die Art der Regierungsbildung so wie eben geschildert. Aber es gilt für Deutschland noch ganz besonders, weil wir in Deutschland ganz fest organisierte Parlamentarismen haben, die Institutionen fester Parteiorganisationen sind, nicht aber wie in Frankreich lose Riens von Abgeordneten, die sich um bestimmte Persönlichkeiten scharen, die aber durch kein festes politisches Programm und durch keine feste politische Organisation zusammengehalten werden. Es entspricht deshalb auch durchaus dem Sinn des parlamentarischen Systems, wenn Hermann Müller zuerst versuchte, eine politische Einigung zwischen einer Reihe von Parteien mit einer gemeinsamen Plattform herbeizuführen, um auf diese Weise eine feste Mehrheit im Parlament zu schaffen, die aus sich heraus eine Regierung bilden kann. Besonders müssen gerade wir Sozialdemokraten auf diesem Standpunkt stehen, denn nicht einzelne Persönlichkeiten, sondern soziale Gruppen zwingen in einer Demokratie um die Macht im Staate. Die einzelnen Politiker sind nur deren Funktionäre und können auch nur als solche politische Bedeutung gewinnen. Es ist die typisch-liberal-individualistische Überheißerung des Persönlichkeitsgedankens bis zur völligen Auflösung aller sozialen Gruppen und Verbände, die in den Ideen der demokratischen Partei über die Regierungsbildung spukt. Dieser politische Individualismus ist in unserer Zeit völlig sinnlos und inhaltslos geworden. Er entspricht in keiner Weise mehr den heutigen Verhältnissen. Ihm fehlt jede sozial aufbauende Kraft, er ist in unserer Zeit deshalb ein toter Fremdkörper.

Die Bildung der Regierung der Persönlichkeiten kann deshalb von unserem Standpunkt aus nur den Sinn einer Vertagung der eigentlichen Regierungsbildung bis zum Herbst haben. Ihr Sinn kann nur der sein, daß man lediglich sofort der bisherigen Bürgerblockregierung die Geschäfte aus der Hand nimmt. In Wahrheit aber wird die neue Reichs-

regierung steht noch gar nicht gebildet. Das geschieht erst und kann erst geschehen, wenn die jetzt über die wichtigsten aktuellen politischen Fragen noch nicht einigen Parteien sich über ein Regierungsprogramm geeinigt haben werden.

Die Frage ist aber, ob es denn nötig war, diesen Weg zu beschreiten. Diese Verzögerung der Regierungsbildung unter Schaffung einer bloßen Geschäftsbildung auf kurze Zeit hat doch nur dann Sinn, wenn eine andere Möglichkeit einer Regierungsbildung im gegenwärtigen Reichstag überhaupt nicht besteht und wenn man eine sofortige Wiederauflösung des Reichstages nicht für tadellos hält. Nun muß zugegeben werden, daß gegen die Wiederauflösung des Reichstages im gegenwärtigen Augenblick allerdings nicht unerhebliche Bedenken sprechen. Die Frage aber, ob denn nicht eine andere Regierungsbildung möglich ist, scheint uns noch gar nicht beantwortet zu sein. Gewiß, es hat sich sofort nach dem Scheitern der großen Koalition gezeigt, daß auch die Weimarer Koalition gegenwärtig nicht möglich ist, weil die in Frage kommenden Parteien nicht wollen und weil ihre parlamentarische Basis zu schwach ist. Aber der Versuch ist ja noch gar nicht gemacht worden, den bürgerlichen Parteien die Regierungsbildung zu überlassen, damit die sich an dieser Aufgabe so abnützen, daß sie ausreichenden Zuspruch an uns geneigt werden. Bevor man zu dem Notbehelf einer Regierung der Persönlichkeiten greift, hätte man unseres Erachtens zunächst diesen Versuch machen müssen. Gewiß, es ist zugegeben, daß durch diese Regierungsbildung noch keine der sachlichen Forderungen von uns aufgegeben wird, deren Durchsetzung auch Hermann Müller in seinen Verhandlungen über die Regierungsbildung als Mindestbedingung für unsere Regierungsbeteiligung hingestellt hat. Der Kampf um diese Forderung ist eben noch nicht zu Ende, sondern dauert fort, ja, er wird erst jetzt eigentlich beginnen müssen. Aber wir hätten es doch lieber gesehen, daß dieser Kampf zu Ende geführt worden wäre, ehe wir die Last der Regierung und die Verantwortung für die Politik des Deutschen Reiches mit übernommen hätten. Es wäre der Regierung, die wir maßgebend beeinflussen, dann möglich gewesen, sofort an die Arbeit zu gehen und weithin sichtbare, sehr notwendige und von den großen Massen ersehnte Reformen durchzuführen. Die Regierung, an der wir dann maßgebend beteiligt wären, würde von Anfang an ein ganz anderes Ansehen besitzen, als diese provisorische Regierung jemals besitzen kann. Es würde vor allen Dingen aber weithin sichtbar gewesen sein, daß wir es verstehen, den Nachschub zu den uns der Wahlausgang gegeben hat, auch politisch zum Nutzen der Arbeiterschaft auszunutzen und daß durch unsere Entschlossenheit die anderen Parteien in wichtigen Fragen zum Nachgeben gezwungen wurden.

Unter einer Bedingung kann auch diese Regierungsbildung noch einen besonderen Sinn erhalten, nämlich dann, wenn einzelne aktuelle politische Fragen, über die eine Einigung nicht erzielt werden kann, überhaupt vollkommen dem Entscheidungsbereich der Regierung entzogen werden und ihre Entscheidung dem Reichstag überlassen wird, zum Beispiel die Panzerkreuzerfrage. Praktisch würde das nämlich bedeuten, daß unser Standpunkt sich in dieser Frage durchsetzen und die Volkspartei in dieser Frage nachgeben würde. Denn wenn die Wirtschaftspartei nicht nach den Wahlen plötzlich umfällt, sondern ihre alte Politik innehält, so behält im gegenwärtigen Reichstag eine klare Mehrheit (230 gegen 240) gegen den Bau des Panzerkreuzers, die sich aus Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten und Wirtschaftspartei zusammensetzen würde. Die Folge würde dann sein, daß einfach im nächsten Etat die zweite Rate für den im Bau befindlichen Panzerkreuzer nicht mehr bewilligt würde und daß der Bau des Panzerkreuzers eingestellt werden müßte. Es scheint fast so, als ob in manchen Fragen dieser Weg beschritten werden sollte. Wenigstens schreibt die „Germania“ heute morgen, daß die strikt gebliebenen Fragen ihre parlamentarische Erledigung finden würden, ohne daß die Haltung der in der Regierung vertretenen Fraktionen koalitionsmäßig gebunden ist. Die „Germania“ nennt dabei ausdrücklich auch die Amnestiefrage. Auch für diesen Fall würde es gelten, daß für eine Amnestie in unserem Sinne auf diesem Wege eine Mehrheit im Reichstag zu gewinnen wäre und diese Frage deshalb in unserem Sinne gelöst würde, wenn sie der Entscheidung des Parlaments überlassen würde, ohne daß die Regierung als solche sich dabei beteilige.

„Nationale“ Helden als Spitzel und Verräter.

Der Meineidsprozeß gegen den Korbachmann Göhe.
Berlin, 25. Juni. (Eigener Bericht.) Ein Meineidsprozeß gegen den Kaufmann Alfred Göhe aus Leipzig, der in die Zeit des Ruhrkampfes zurückzuführen ist, wird seit Montag vor dem Schwurgericht des Landgerichts I in Berlin verhandelt. Am 8. April 1923 wurde der zur Sabotageorganisation Hauenstein gehörige Schlageter von den Franzosen verhaftet. Fünf Tage darauf nahm man auch seine Freunde Beder, Sabowski und Werner fest. Das französische Kriegsgericht verurteilte Schlageter zum Tode, Sabowski zu lebenslanglichem, Werner zu 20 und Beder zu 15 Jahren Zuchthaus. Die anderen Verurteilten sind zufolge einer Amnestie aus dem Zuchthaus entlassen worden.

Als Schlageter erschossen wurde, griffen die deutschen Nationalisten die Regierung in Preußen an, die selbstverständlich gegen französische Kriegsgerichtspraktiken nichts tun konnte. Jetzt wird vor dem Gericht darüber verhandelt, ob Schlageter insofern Verräter seiner „Kameraden“ hingerichtet worden ist. Hauenstein hatte im Jahre 1922 Göhe und seinen Freund Otto Schneider öffentlich beschuldigt, Schlageter und seine Freunde den Franzosen verraten zu haben. Göhe und Schneider hatten darauf gegen Hauenstein eine Privatbeleidigungssklage angestrengt, die Göhe unter der Angabe, daß es ihm an Geld fehle, die durchzuführen, zurückzog und die Schneider vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte durchführte. In dem Termin vor dem Amtsgericht trat Göhe als Zeuge auf und bestritt unter Eid, Beziehungen zu den Franzosen gehabt zu haben. Der Zeuge Müller, der früher als französischer Kriminalbeamter tätig war, widerlegte seine Aussagen; Göhe wurde auf Antrag des Staatsanwalts im Gerichtssaal verhaftet. Göhe, der Korbachmann ist, befindet sich zurzeit noch in Untersuchungshaft. Er war an den obersteleischen Unruhen beteiligt und ist dann nach dem Ruhrgebiet gegangen, wo ihn Hauenstein nach Eissen schickte, um die kommunistische Bewegung zu beobachten.

Göhe behauptet, eines Tages von den Franzosen verhaftet und bei seiner Vernehmung geschlagen worden zu sein, weil man angeblich Sabotagepläne, die er gar nicht gekannt habe, aus ihm habe herauspressen wollen. Ein französischer Kapitän soll ihm dann auf dem Essener Polizeipräsidium den Vorwurf gemacht haben, ihn über alle Vorgänge auf deutscher Seite zu unterrichten. Göhe gibt zu, darauf eingegangen zu sein, er will das aber nur getan haben, um seine Freiheit wieder zu erhalten und die Möglichkeit zu gewinnen, seine Freunde zu warnen. Er und Otto Schneider, der ebenfalls von den Franzosen verhaftet und wieder entlassen worden sei, obwohl die anderen Freunde im Gefängnis blieben, hätten die Überzeugung gehabt, daß sie verraten worden seien. Nur um die Verräter und Spitzel festzustellen, seien sie weiter bei den Franzosen geblieben, denen sie immer nur wertloses Material und reine Phantasieberichte übergeben hätten.

Göhe ist dann in einem Cafe in Elberfeld von der deutschen Kriminalpolizei unter der Beschuldigung des Verrats an Schlageter verhaftet, aber schließlich vom Oberlandesgericht aus Mangel an Beweisen außer Verfolgung gesetzt worden. Er steht jetzt vor dem Schwurgericht des Landgerichts I unter der Anklage des Meineids.

Berlin, 25. Juni. (Eigener Bericht.) Im Meineidsprozeß gegen Göhe ist der Student Otto Schneider vernommen worden, der Göhe 1921 bei der Organisation Korbach kennen lernte. Sie gingen zusammen nach dem Ruhrgebiet. Da sie beim Sabotage-Stoßtrupp nicht untergebracht werden konnten, arbeiteten sie auf einer Zehle. Schneider sagt aus, daß Göhe ihn mit Sabowski zusammengebracht habe und daß er und Sabowski später in der gleichen Nacht verhaftet worden seien. Er sei am nächsten Tage aus der Haft entlassen worden, und als er Göhe auf der Straße getroffen habe, habe dieser Sabowski gesagt, daß er seine Entlassung ihm zu verdanken habe. Ein französischer Kapitän habe Göhe die Freiheit versprochen, wenn er sich bereit erkläre, für die Franzosen Spitzeldienste zu tun. Göhe habe aber keine Bereitschaft nur für den Fall erklärt, daß auch Schneider freigelassen würde, ohne dessen Mitarbeit er nichts ausrichten könne. Da es den Franzosen vor allen Dingen darauf angekommen sei, Hauenstein festzunehmen, so hätten sie an Schneider und Göhe wiederholt das Ansuchen gestellt, Hauenstein von Elberfeld nach Eissen zu locken. Sie hätten, um die Franzosen irre zu führen, wiederholt mit ihnen Fahrten nach Düsseldorf und anderen Orten unternommen und ihnen gelogen, Hauenstein sei dort zu treffen. Jedenfalls sei Hauenstein gerade in dieser Zeit in Eissen gewesen. Ihre Fahrten mit den Franzosen seien dazu bestimmt gewesen, sie von Hauenstein nur freizulassen.

Der Vorsitzende macht Schneider darauf aufmerksam, daß er durch diese Aussage zugibt, daß er und Göhe mit den Franzosen verabredet hätten, ihnen

Hauenstein auszuliefern. Schneider gibt das zu, er habe aber, sie hätten nur den Anschein erwecken wollen, als sie für die Franzosen tätig wären, da diese außerordentlich mißtrauisch gewesen seien. Ihn über die Vorstehende darauf aufmerksam gemacht, daß er auch erzählt habe, daß er Hauenstein mit dem Berginspektor Höfermann zusammenbringen wollte, um den Zusammenhang damit einen neuen Nachrichtenendienst aufzubauen, sagt aber dann schließlich selber: „Wir waren damals Sabotageur. Wenn etwas los war, dann wollten wir dabei sein. Das war das einzige Leitmotiv aller unserer Handlungen.“ Auf Fragen des Vorsitzenden gibt Schneider auch zu, Hauenstein nicht gesagt zu haben, daß die Franzosen ihn suchten. Er habe ausdrücklich in einer Verabredung mit Göhe vereinbart, ihm nichts zu sagen.

Der Zeuge Kaufmann Beder, der zusammen mit Sabowski am 15. April von den Franzosen verhaftet worden war und der Zeuge Sabowski schildern übereinstimmend, daß Schneider bereits im Gefängnis vorgefunden, aber den Einbruch gehäht hätte, daß seine Verhaftung vorgefälscht worden war.

Arach in der bayerischen Volkspartei.

Dr. Heim erleidet eine Niederlage.

München, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der am Sonnabend abgehaltenen Landesausschusssitzung der Bayerischen Volkspartei ist es über die Frage einer normalen Koalition mit dem Bauernbund zu besonderen erregten Auseinandersetzungen zwischen Dr. Heim als dem Vorsitzenden des Christlichen Bauernvereins und den offiziellen Parteiführern Held und Helmuth gekommen. Da der Bauernbund der schärfste und bei den Wahlen am 20. Mai auch der glücklichste Konkurrent des Christlichen Bauernvereins war, verlangte Dr. Heim scharfe Bedingungen für den Fall einer neuen Koalitionsgemeinschaft mit dem Bauernbund. Dieser Stimmung will die Bayerische Volkspartei insofern entgegenkommen, als der Bauernbund bei der Neubildung der Regierung das Landwirtschaftsministerium nicht wieder erhalten soll. In diesem Sinne lauten auch die Richtlinien für die Unterhändler der Bayerischen Volkspartei. Das genügt aber Herrn Dr. Heim nach einem Bericht des „Bayerischen Vaterland“ nicht. Offenbar gewöhnt durch jahrelange Erfahrungen mit seinen Parteifreunden, verlangte er eine förmliche Festlegung der Partei und ihrer Unterhändler dem Bauernbund unter seinen Umständen mehr das Landwirtschaftsministerium zu überlassen. Darüber entspann sich eine außerordentlich erregte Debatte, die damit endete, daß die Leute vom Christlichen Bauernverein bei der namentlichen Abstimmung in der Minderheit blieben. Der Landesausschuß begünstigte sich also lediglich mit dem Wunsch, dem Bauernbund das Landwirtschaftsministerium abzunehmen. Heim quittierte seine Niederlage damit, daß er und seine Leute vom Christlichen Bauernverein sofort nach der Abstimmung die Sitzung demonstriativ verließen.

Mit der sogenannten Bezeichnung des Landwirtschaftsministeriums vom Bauernbund verbindet die Bayerische Volkspartei im übrigen die Spekulation, dieses Ministerium den deutschnationalen anzubieten, die in ihren Reihen einen Landbauernverein besonders politischen Charakters besitzen. Da den deutschnationalen bei ihrer Fraktionsstärke von 13 Mann nach wie vor aber nur ein einziges Ministerium zukommt, hofft die Bayerische Volkspartei, bei dieser Gelegenheit den immer unmöglicher werdenden Justizminister Gürner endlich loszuwerden. Man weiß, daß die deutschnationalen sich bisher jeder Erörterung einer Koalition Gärtners widersetzt haben. Nach der Behauptung eines deutschnationalen Blattes lehnen sie auch jetzt jede Diskussion in dieser Richtung ab. Die Bayerische Volkspartei steht sich also schwierigen Koalitionsverhandlungen gegenüber.

Regierungstrife in Ägypten.

London, 25. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Veröffentlichung von inkriminierenden Briefen, die den ägyptischen Ministerpräsidenten Nahas Pascha und einige andere Führer der Nationalbewegung schwer kompromittieren, hat zu der Entlassung des ägyptischen Ministeriums durch den König von Ägypten geführt. Es offizieller Grund für die Entlassung wird in dem am Montag veröffentlichten Dekret des Königs Fuad der „Zusammenbruch der Koalition“ angeführt.

Bela Rhun

wird endgültig nicht ausgeliefert.

Wien, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das Justizministerium hat die Auslieferung Bela Rhuns an Ungarn endgültig abgelehnt. Diese Entscheidung erfolgte im Gegenstoß zu den Entscheidungen des Wiener Landesgerichts und des Wiener Oberlandesgerichts, die für die Auslieferung waren.

Karl und Anna.

Von Leonhard Frank.

(Copyright 1926 by Ullstein N.-G., Berlin.)

9] (Nachdruck verboten.)

Sie ließ sich rücklings umfallen, ließ, der ganzen Länge nach, den Kopf im Schwunge ihrer Prostration den Boden der Matratze zu einer Wirtelsdrehung, den Kopf in Annas Schoß zu legen, die sich die Hände um den Nacken dieser Wangen lösten.

Aus einer Partierewohnung brach plötzlich Schreie, ausgedehnt mit voller Lungenkraft, knallte heraus gegen die Mauern und wurde von der Wucht des engen Hofes über den vierten Stock hinaus emporgeschleudert, himmelwärts. Noch ein einziger langer Walausbruch. Dann eine hochaufschwellende Frauenstimme.

„Da, jetzt prügelt er sie wieder.“ Marie war emporgeschrien.

„Sie freiten jeden Tag und gehen doch nicht auseinander.“

Auch die Geprügelte lächelte mit einem anderen, während ihr Mann im Kriege war. Viele Frauen taten es. Und Geheimnisse gab es nicht. Marie konnte Kundenlang erzählen, was dieser Haushalt an Haß und Rot, Krankheit, Schmal und Schicksal und auch an rührender Selbstergebenis und Hingabe in sich barg.

Es würde bei mir genau dasselbe sein: Man nimmt einen, weiß der Mann nicht da ist oder nicht mehr da ist. Kommt alle Tage vor, dachte Anna.

Karl stand im zweiten Stock hinter dem geschlossenen Fenster, reglos wie ein Gefangener, der das Barren lernt.

Und wenn dein Mann alles kurz und klein schlägt, wenn er heimkommt und die Geschichte mit uns teilt?“ fragte nebenan der Metzschleifer.

In der Hofede entstand eine Ansammlung: halbnackte Kinder, strotzende und blaß, Frauen in Fellen, handarbeitsfähige Männer, die Hände schüttelten. Sie hatten einen unangenehmen Alten, dem schlecht geworden war, an die Luft getreten.

Genau in der Mitte des Hofes stand ein kräftiger junger Arbeiter in der Ausfällung eines Bogenschützen, den Oberkörper fast bis zum Halbtrenn nach rückwärts geworfen. Er sah den Bogen, einen Sieb aus Fichtenzweigen, arbeitete Meter lang und fast gerade, wenn er nicht gekannt war, mit seiner ganzen Kraft zum Halbtrenn: Der lange Pfeil aus veredeltem, weißbäumigen Strohrohr schwebte langsam, jenseits erpöte in die Freiheit des Sonnenhimmels, dachte sich brüchig und langsam einmal um sich selbst und sank wieder herab in die düstere Lage

des Hofes: Ein gefährliches Geschick in harten, unruhigen Händen, das auch den Schuppen selbst im Rückstoß schwer verwunden kann.

Er schob noch einmal und noch einmal. Alle blähten empor, in die Höhe zusammengedrängt: eine graue, düstere Gruppe. Auch der hungerige Alte blähte empor.

Die Fahrradglocke rief Elfi aus Fenster. „Frau Anna hat Besuch bekommen. Dort unten steht er... Hast du gut gekostet?“

„Ja, haben.“

„Soja, Kücken!“

Gleich darauf wippten sie, farblich herausgeputzt, Arm in Arm die Landstraße hinaus, auf der Karl vor Wochen eingeschwandert war. Beide hatten sehr lange, rotbraune, wadenlose Beine und im Haar knauserne Schleifen: Zwei Backstein.

Auch Marie hatte hinuntergeschickt. Karl stand immer noch reglos am Fenster. „Wer ist er denn, dein Besuch? Sag doch, wer?“

Annas Schweigen wurde zum Geständnis. Sie war dabei erregt und ernst. So verließ sie die Kammer.

Karl also ein Mensch da, wenn sie hinunterkam. Nicht irgendein gleichgültiger. So eine Stunde wie an jenem ersten Morgen bringt doch nahe. Sehr nahe. Sie bindet. Da war jemand, wenn sie eintrat. Das war doch sehr gut. Nicht so... so aufgeräumt und leer wie früher... Wie sie ihr Mann nun eigentlich nach? Er behauptet ja, er sei ihr Mann. Und in einem Tone, daß man es beinahe glauben mußte. Also, das müßte sie ihm abgesehen, diese Dummheit. Sie müßte ihn überführen. Sie werde ihn überführen.

Nun, und wenn er noch lebt, ihr Mann? Was dann? Ja, wenn er noch lebt?... Dann war doch das Ganze unmöglich, ganz unmöglich! Man geht doch nicht so mit nichts, dir nichts von seinem Mann weg zu einem anderen. So einfach ist das nicht... Brauche ja nur an seine Augen zu denken, wie er blüht. An seine große, treue Hand. Ah, und des Vertrauens, das sie zu ihm hatte haben können! Ja, geborgen war, sie bei ihm gewesen. Das war richtig. Geborgen, unbedingt, das war es gewesen.

„Wir könnten spazieren gehen, wenn Sie Lust haben.“

„Ja“, sagte Karl gebührt und blühte an sich hinunter.

„Sie waren ja einen weißen Kragen von meinem Mann angehen, wenn Sie wollen.“

„Ich will gar nichts, nicht das geringste!“

„Nur mich. Nur mich will er von ihm.“ Sie sagen doch, er sei noch am Leben. Und dennoch wollen Sie mich zur Frau!“

„Auch das wäre ganz gleich“, sagte er unter schwarzem Bild.

Und plötzlich, Übergangslos und in einem Tone, dem sie anstörte, daß er schon während ihrer Abwesenheit daran gedacht und sich

vorgenommen hatte, es ihr zu sagen: „Der Verkäufer, der uns damals die Vorhänge anprobiert, hatte ein ganz kleines, schwarzes Schnurrbartchen — so klein —, und auf der Stirn hatte er zwei Aufweller, wenn du es wissen willst. Ich hab dich damals noch darauf aufmerksam gemacht.“

Eine heftige Bewegung der Ungebuld ging durch sie durch. „Woher Sie das alles haben, weiß ich nicht. Ich bin Ihnen böse... Sie häßlich, was Sie tun. Häßlich!“

Sein Gesicht erstarb in so verzweiflungsvoller Machtlosigkeit, wie sie nur ein Mensch empfinden kann, dem schwerstes Unrecht angetan wird.

Beim Erblicken der beiden bekamen viele Spaziergänger, die gelangweilt durch den Sonntagmorgen schlenderten, nur einige Sekunden Leben ins Gesicht: Anna, die so mild und stark, so schön aus hohen Hüften ging und so abreit ausah, und neben ihr der dunkle, verwilderte Karl ohne Halskragen, der wie schwach übertrufertes Kohlenfeuer glimmte.

Sie schritten stadtwärts. Sie gingen das erste Mal miteinander. Welche Erfüllung für ihn, der ein Vierteljahr zu Fuß durch Länder und Wälder getrieben war, immer auf sie zu! Jetzt ging er mit ihr.

Er blieb einige Schritte zurück, sie gehen zu sehen, und die Bison, die er, liegend in der Steppe, von Anna gehabt hatte, lehrte wieder. Knapp umpannt von einem glatten, bräunlichen Kleide, war sie ihm erschienen, gleich einer Verstorbenen, die dem Geliebten noch einmal erscheint, gewichtslos wandelnd auf dem wohnhaften Wege unter Bäumen. Er erblachte unter dem unmittelbaren Ansturm des Gefühls.

Und wenn ich Jahre warten muß! dachte er, und wollte keine Minute warten.

Als sie sich umwandte, im Gesicht unveränderte Klugheit und in weicher Klugheit den inneren Reichtum im Bild, hatte plötzlich auch sie das luftblaue Gefühl, schon einmal so und in genau derselben Empfindungssituation sich ihm zugewandt zu haben. „Ist es denn möglich...“

Er erriet leicht. Denn sein Wesen und sein Wille freisten ununterbrochen um denselben Punkt. „Es ist schon so.“

... daß ich mit dir schon einmal hier gegangen bin?“

Sie hagen ein in die Wee, die die Vorstadt mit der Stadt verband: Alles seiner Vision. „Hier, einmal, es war am Abend, bist du erschienen unter den Bäumen. Hast auf mich gemartet.“

Das hatte Richard ihm nicht erzählt. Aber es mußte so sein. Er hatte Anna wartend gehen sehen. In ihm war die Wahrheit, und er hätte sie gesagt.

(Fortsetzung folgt.)

Unterworfenen Völkern.

Von unserem Londoner Korrespondenten.

London, im Juni 1928. Der Sozialismus lehnt die politische Unterwerfung der Kolonialvölker grundsätzlich ab. Er betrachtet die Aufhebung des Kolonialverhältnisses als eine Voraussetzung einer internationalen Völkergemeinschaft. Diese von der Sozialistischen Kommission der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in ihrem unlängst veröffentlichten, dem bevorstehenden internationalen Kongress in Brüssel zu unterbreitenden Resolutionsentwurf formulierten Grundsätze bildet das A und O jeder sozialistischen Politik. Sie wird im Rahmen der sozialistischen Parteien niemals Widerspruch finden. Wohl aber sind Meinungsverschiedenheiten über die praktischen Folgerungen möglich, die sich aus dieser prinzipiellen Einstellung heraus für die Parteien ergeben. Dabei ist es insbesondere wichtig, daß die sozialistischen Parteien derjenigen Staaten, die keinerlei koloniale Abhängigkeitsgebiete besitzen, sich vor der Aufstellung von Forderungen in der Kolonialfrage hüten, die für die Arbeiterparteien der Kolonialreiche bei ehrlichem Willen undurchführbar sind.

Als erste und selbstverständliche logische Folge scheint sich aus der eingangs aufgestellten, grundsätzlichen Forderung nach Aufhebung des Kolonialverhältnisses das Verlangen nach sofortiger Gewährung der vollen Selbstregierung für die unterdrückten Völker zu ergeben, die in der Form der unmittelbaren Zurückziehung der militärischen und Verwaltungsorgane des Kolonialreiches sich vollziehen müßte. Das ist ja auch die Forderung, in der sich die landläufige Erörterung der Kolonialfrage hemmt. Theoretisch scheint diese sofortige Gewährung der Selbständigkeit zunächst unanfechtbar zu sein. Aber eine kurze Überlegung zeigt, daß diese Forderung auf so entscheidende und auch für das sozialistische Denken so überzeugende Einwände stößt, daß sie, in ihrer allgemeinen Form wenigstens, als unbrauchbar betrachtet werden muß. Da ist zunächst, als wichtigster Einwand die unbefreitbare Tatsache, daß — sieht man zunächst einmal von Indien ab, wo die Dinge besonders liegen — es in mehr als 95 Prozent aller Kolonialgebiete, Protektorate, Mandate überhaupt keine auf Selbstregierung abzielende Bewegung gibt, da die Bevölkerung dieser Gebiete noch nicht auf einer Entwicklungsstufe steht, die eine solche Forderung reifen könnte. Nun mag man vielleicht diesen Einwand nicht gelten lassen wollen und darauf verweisen, daß diese Völker ja auch vor ihrer Beherrschung durch ein „Mutterland“, das sich übrigens meistens als ein Stiefmutterland erwies, sich selbst — wenn auch auf mehr oder minder primitiver Weise — regiert und verwaltet haben und es besser wäre, diese Völker sich selbst zu überlassen als die Verlängerung der Herrschaft durch ein Kolonialreich freiwillig weiter zu dulden. Dieser sehr gebräuchliche Einwand übersieht jedoch vieles. Die europäischen Kolonialreiche haben die einschneidenden Institutionen zum großen Teile bewahrt oder unbewußt zerstört und die Eingeborenen entmündigt. Sie wären also ihrer herkömmlichen Herrschaftsformen verlustig und in den modernen europäischen nicht geschult, vielfach geradewegs der Anarchie ausgeliefert. Das um so mehr, als der unaufhaltsame Fortschritt der Zivilisation, d. i. des Kapitalismus und der Technik, die Gesellschafts- und Wirtschaftsformen der betreffenden Länder verändert haben, daß die Eingeborenen, denen plötzlich die Verantwortung für ihr eigenes Schicksal übergeben würde, unzureichend Aufgaben gegenüberstünden, denen sie nicht gewachsen sein könnten. Daraus würde sich in zahlreichen Fällen ergeben, daß sich an Stelle des Kolonialreiches, das seinen Militär- und Verwaltungstrupp zurückgezogen hat, weiße Siedler, Abenteurer oder einheimische Diktatoren die Herrschaft annehmen würden, die in 99 von 100 Fällen schlimmer wären als die Verwaltungen der Kolonialreiche, die doch im Falle England, Frankreich, Holland und Belgien direkt oder indirekt der Parlamentarischen Kontrolle des Heimatlandes unterliegen.

Es ist selbstverständlich und wird auch von keinem Sozialisten bestritten werden, daß die volle Selbständigkeit überall dort, wo sie von einer Mehrheit der Bevölkerung gefordert wird, unbedingt gewährt werden muß und hierbei die Frage, ob die Eingeborenen sich selbst besser regieren werden als das durch die Kolonialmacht geschehen ist, grundsätzlich ausgeschlossen werden muß. Vorzuziehen muß in einem solchen Falle nur dafür getragene werden, daß die gewährte Selbständigkeit nicht zu neuer Knechtung im oben angeführten Sinne führt. Hier eröffnet sich für die Zukunft des Völkerbundes ein Tätigkeitsgebiet, das in der vom Völkerbunde (wenigstens auf dem Papier) ausgeübten Mandatskontrolle seine ersten schwächlichen Anfänge besitzt.

Überall dort jedoch, und das ist weitaus der größte Teil des Kolonialterritoriums der Welt, wo die Entwicklung der eingeborenen Bevölkerung noch nicht bis zu jenem Stadium des Selbstbewusstseins vorgebrungen ist, die die Voraussetzung für eine Freiheits- und Selbständigkeitsbewegung bildet, kann die nächste Aufgabe lediglich Vorbereitung auf Selbständigkeit lauten. Bewußt und unbewußt hat die im Dienste kapitalistischer Staaten stehende Verwaltung in den Kolonialgebieten die Interessen der Eingeborenen dem Wirtschaftsinteresse des „Mutterlandes“ und dem privaten Profitinteresse untergeordnet. Sie hat, allgemein gesprochen, die Knechtung der Eingeborenen unter das Joch der weißen Siedler unterstützt durch Arbeits- und Wanderungsgesetze, durch Steuermaßnahmen, Landgesetze usw., die Hilflosigkeit des gelben, braunen und schwarzen Mannes gesteigert, es verhäumt, ihn durch Schulbildung, durch Heranziehung zur Selbstverwaltung für die Kolonialregierung vorzubereiten. Mögen auch die ärgsten Auswüchse, wie sie in der Mitte des vorigen Jahrhunderts üblich waren, nicht mehr an der Tagesordnung sein, im Grunde hat sich in der Haltung der Kolonialreiche gegenüber ihren „Untertanenvölkern“ nichts geändert. Was wir beobachten, ist nur eine Veränderung des Grades und der äußeren Fassade der Unterwerfung, nicht des Wesens der Kolonialverwaltung.

Wir sehen uns also hier einem wahrhaft tragischen Zirkel gegenüber, in dem sich das Schicksal der unterdrückten Völker unter der Herrschaft des Imperialismus zwangsläufig bewegt. Der Imperialismus herab die Völker ihrer Freiheit, zwingt ihnen die neuen Wirtschaftsformen auf, zerrt ihren heimischen Gesellschaftskörper und ihre einheimischen Wirtschaftseinrichtungen und verhindert die Zurückgewinnung ihrer Freiheit, indem er ihnen die zur Beherrschung der neuen Verhältnisse nötigen Erziehungsmaßnahmen vorenthält. Dieser Zirkel kann heute nur von der sozialistischen Arbeiterbewegung der Welt durchbrochen und nur damit der hornenvolle Weg zur Befreiung der unterdrückten Völker aus der Hilflosigkeit, in die sie der Imperialismus und der Bruder, der Kapitalismus, gestossen, eröffnet werden. Durch die politische Bewegung der Arbeiterklasse der „Mutterländer“, indem sie innerlich und äußerlich der Regierungen der Länder den größtmöglichen Druck und die denkbar größte Aufmerksamkeit auf die Kolonialverwaltung in die Richtung auf Aufhebung der Eingeborenen und Heranziehung zur Selbstverwaltung ausübt. Die politische und insbesondere die gewerkschaftliche Bewegung der Welt, indem sie, wie es in der von der Sozialistischen Kommission der Internationale vorbereiteten Entschließung heißt, die Entwicklung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in diesen Ländern fördert und sie im Sinne der Demokratie und des Sozialismus beeinflusst.

Reinfall des Stahlhelms.

Die deutschen Ozeanflieger waren am Montagabend einer Einladung des Stahlhelms zu einer Unternehmung im Berliner Sportpalast gefolgt.

Die Menschenmenge nahm offen gegen den Stahlhelm Partei. Sie wollten nur die Flieger sehen und war im übrigen von der Stahlhelmtumgebung wenig begeistert. Mit erheblicher Verspätung trafen die Flieger im offenen Auto ein. Sie wurden von der Menschenmenge mit Hochrufen begrüßt. Das Auto, in dem die Stahlhelmführer saßen, wurde mit Pfeifen und Zehlen empfangen.

Frankreich stimmt Kelloggs Antwort zu.

Paris, 26. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der neue amerikanische Faktvorschlag wird in hiesigen diplomatischen Kreisen viel freundlicher aufgenommen als die ziemlich frostige Reaktion der Presse es anfänglich vermuten ließ. Offenbar besteht im französischen Außenministerium die Einsicht, daß Frankreich sich bei weiterer Zurückhaltung auf einen gefährlichen Weg der Isolierung begeben würde. Dementsprechend neigt man dazu, die erhaltenen Konzeptionen als befriedigend anzusehen. Wie verlautet, wird besonders die Zusage des „Rechtes der legitimen Verteidigung“ als Fortschritt in den Verhandlungen gewertet; nicht weniger Genugtuung herrscht über die gleichzeitige Ueberreichung der Note in den Hauptstädten der Alliierten Frankreichs. Im ganzen betrachtet der Quai d'Orsay den jetzigen Entwurf als brauchbare Verhandlungsgrundlage. Mit neuen Schwierigkeiten ist von französischer Seite nun nicht mehr zu rechnen.

Kritische Lage in Frankreich.

Paris, 26. Juni. (Eigener Funkbericht.) Der Schluß der großen Aussprache über die Regierungserklärung Poincarés in der Kammer wird voraussichtlich noch am Freitag erreicht werden. Allerdings sind wieder Schwierigkeiten aufgetaucht. Wie der „Populaire“ berichtet, hat Poincaré an die Radikalen das Ultimatum gerichtet, daß bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum unbedingt die weitaus größte Mehrheit der radikalen Fraktion für die Regierung stimmen müsse, sonst werde er zurücktreten. Das Expressemanöver hat nach dem „Populaire“ bei den Radikalen einen sehr schlechten Eindruck hervorgerufen, zumal sie gegen die Regierungserklärung drei wesentliche Vorbehalte zu machen haben: die allzu tiradenreue eisaß-lothringische Politik, die ungerechtfertigten Vorwürfe gegen die Reamtengeverkschaften und endlich die ungenügende Zusage über die Steuerreform. Die Radikalen brachten diese Vorbehalte bei der Vertrauensabstimmung zur Geltung, ohne deshalb eine Regierungskrise heraufzubekommen. Die Fraktion hat deshalb beschlossen, sich zunächst einmal mit den radikalen Ministern auszusprechen, aber man wird schon heute in der „Volonté“ sagen können, daß der Konflikt eine nichtlagende Beilegung finden wird, deren Tragweite nur die sein kann, das Kabinett noch über die Kammerferien bestehen zu lassen.

Weiter Kommunistenbehe in Frankreich.

Paris, 26. Juni. (Eigener Funkbericht.) Der Chefredakteur und der politische Redakteur der kommunistischen Zeitung „Castle“ im Departement Aude sind gestern von der Berufungsinstanz zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Ihre Straftat bestand in der Aufhebung militärischer Verboten zum Ungehorsam. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die Verurteilten in der ersten Instanz freigesprochen wurden.

Einigkeit der Sozialisten der Tschechoslowakei.

Im Kampf gegen den Bürgerblock. Prag, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die erweiterte Parteivertretung der tschechischen Sozialdemokratie beschloß, den Kampf gegen die Bürgerblockregierung in aller Schärfe gemeinsam mit den deutschen Sozialdemokraten fortzusetzen. Dieser Beschluß ist als Antwort auf die in der letzten Zeit geäußerten Wünsche der Koalitionsparteien nach Erweiterung der Regierung durch die tschechischen Sozialisten zu betrachten. Nicht Erweiterung, sondern Sturz des Bürgerblocks ist das gemeinsame Ziel aller Sozialisten in der Tschechoslowakei.

Weltfriedenskongress in Warschau.

Warschau, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag vormittag begann in Warschau der 26. Weltfriedenskongress. Außenminister Jaleski, der infolge Krankheit nicht persönlich erscheinen konnte, ließ durch seinen Unterstaatssekretär eine Begrüßungsansprache vorsehen, die in dem Wunsch gipfelte, daß der Kongress die moralische Abrüstung vorbereiten möge. Als Vertreter der deutschen Organisation betonte Professor Lubbe, die Verständigung zwischen Deutschland und Polen müsse zunächst auf wirtschaftlicher Grundlage angeht werden.

Die Justizkomödie von Moskau.

In dem politischen Schauspiel, das nunmehr seit Wochen in Moskau unter dem Titel einer Gerichtsverhandlung vor sich geht, sind in den letzten Tagen auch die drei deutschen Angeklagten Otto, Meyer und Badkieber aufgetreten. Badkieber machte dabei den kläglichsten, zerfahrenen und zugleich gebrochenen Eindruck, der für die Kronzeugen der Anklage typisch ist. Hier sind offenbar in der Unterjochungshaft Einwirkungen vorgenommen worden, die den Angeklagten jedes Selbstvertrauen geraubt haben und es ihnen angefangen erscheinen lassen, der gefürchteten Anklagebehörde zu Willen zu sein, sei es, weil sie davon eine Vergünstigung erhoffen, sei es aus Angst um ihr Leben. Daß Badkieber fatal und wahrscheinlich wider besseres Wissen ausgesagt hat, ist durch die Erklärungen seiner Firma und des Betriebsrats dieser Firma, durch die Nichtigstellungen des Ingenieurs Seebold und des Monteurs Wagner, die sich freiwillig zur Aussage vor Gericht angeboten haben, für eine objektive Beurteilung bereits erwiesen. Das Gericht selbst hat freilich alle diese Beweismöglichkeiten als „unerheblich“ abgelehnt. Die Klassenjustiz, die in Moskau getrieben wird, drückt sich eben nicht nur darin aus, daß ein einseitiges tendenziöses Recht gegen Nichtkommunisten gesprochen, sondern daß jede Rechtsbasis verlassen wird. Was in Moskau vor sich geht, ist in Wesen und Bedeutung nicht anderes als ein Propagandastück, nur mit dem Unterschied, daß es hier um eine Reihe von Menschenleben geht. Otto und Meyer haben ihr feilsches Gleichgewicht bewahrt. Ihre klaren und präzisen Aussagen standen nicht nur in dramatischem Kontrast zu den klammernden Selbstbehauptungen der Kaschin und Kasarinow, sondern widerlegten einzelne Punkte der Anklage so wirksam, daß selbst diese fragwürdigen Gestalten in ihren Behauptungen unsicher wurden oder sie widerriefen. Man begreift die Entrüstung des Staatsanwalts Krylenko gegenüber der nur zu begründeten Bemerkung Meyers — eines Kommunisten — daß Kaschin zu seinen Aussagen wohl verteidigt worden sei.

Aber alles das hat an den Methoden des Moskauer Prozesses nichts geändert. Krylenko ist offenbar stärker als Kaschin. Kaschin hat in sehr vernünftigen Bemerkungen gewissermaßen eine Wendung in der Prozeßführung mit Blick auf die deutsch-russischen Beziehungen angekündigt. Davon ist bei den Verhandlungen in dem großen Saale des Moskauer Gewerkschaftshauses nichts zu spüren. Gleichzeitig steht in den offiziellen Moskauer Blättern, vor allem in der parteiorganisierten „Pravda“, eine Polemik gegen die bisher noch nicht einmal gebildete „neue deutsche Regierung“, oder besser gesagt, gegen die deutsche Sozialdemokratie in der Reichsregierung ein. Diese Polemik verrät nichts von einem ernsthaften Bestreben, die guten Beziehungen zu Deutschland aufrecht zu erhalten oder gar noch fester zu knüpfen, obwohl die „Zsweitskaja“ das in der Form weiterer Vertragsabstufungen erst vor wenigen Tagen als erwünscht und notwendig bezeichnet hatten. Die Kampagne selbst ist für russisch-kommunistische Denkmäler und Taktik bezeichnend. Wie in dem Prozeß in Moskau beginnt man damit, den anderen anzugreifen und zu beschuldigen, und dann sagt man: So nun, rechtfertige dich! Ein eigenartiges Liebeswerben!

In Berlin wird man demgegenüber festigkeit und kaltes Blut behaupten, auch wenn die Diskussion von Moskau aus wirklich nicht erleichtert wird. Gätten wir die Moskauer Methoden, so müßten wir unbedingt annehmen, daß in Moskau englische Agenten am Werke sind, um durch Trübung der deutsch-russischen Beziehungen die berühmte Einkreisung der Sowjetunion zu fördern. Jedenfalls aber darf in Moskau kein Zweifel darüber gelassen werden, daß die deutsche Politik gegenüber der Sowjetunion klar und ehrlich ist, und es die Schuld eines blinden Parteianatismus in Russland ist, wenn dieser Politik, die ein normales Verhältnis zu Russland auf der Basis der bestehenden Verträge anstrebt, wachsende Schwierigkeiten bereitet werden.

Reform der Finanzstatistik.

Der Reichsrat hat in seiner letzten Sitzung der vom Reichsminister der Finanzen vorgelegten Verordnung über die Finanzstatistik zugestimmt. Die Vorlage bringt eine wesentliche Erweiterung der bisherigen Arbeiten auf dem Gebiete der statistischen Erfassung und der Publizität in der Finanzangelegenheit der öffentlichen Körperschaften. Gleichzeitig ist für die Vereinfachung der Statistik und für ihre Beschleunigung Sorge getragen worden. Die Statistik umfaßt nunmehr zunächst Jahresaufstellungen über die Einnahmen und Ausgaben der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) mit genauen Uebersichten über die Steuereinnahmen. Die statistische Erfassung geht bis zu den kleinsten Gemeinden herunter und ist besonders für die großen Gemeinden von mehr als 100 000 Einwohnern ausführlich gehalten. Diese Jahresübersichten werden durch laufende Mitteilungen über die Einnahmen aus Steuern ergänzt, die für die Länder und für die Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern monatlich, für die Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern herunter und die Gemeindeverbände vierteljährlich, im übrigen jährlich vorliegen werden. Zu dieser Statistik der Einnahmen und Ausgaben tritt eine Statistik über den Schuldenstand der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände), um zu gewährleisten, daß über diese Seite der Finanzangelegenheit, die sozial Angriffen ausgelegt worden ist, volle Klarheit gewonnen wird.

Die Erhebung der Schulden, die erstmalig nach dem Stande vom 31. März 1928 erfolgt, wird durch Uebersichten über die Veränderungen im Schuldenstand fortlaufend ergänzt. Eine weitere Neuerung soll die Vergleichbarkeit der öffentlichen Haushaltsführungen von Reich, Ländern und den Gemeinden über 50 000 Einwohnern erhöhen. Zu diesem Zweck werden den Haushaltsplänen Uebersichten nach einheitlichen Mustern beigelegt, in denen die Zahlen der Haushalte auf der Einnahme- wie der Ausgabenseite unter den gleichen Gesichtspunkten zusammengefaßt sind.

In einem weiteren Abschnitt der Verordnung ist die laufende Veröffentlichung von Zusammenfassungen über die Einnahmen und Ausgaben der Länder, der Gemeinden mit mehr als 25 000 Einwohnern und der Gemeindeverbände im Interesse größerer Publizität vorgelesen. Hier handelt es sich nicht um Ausgaben, die dem Reich gegenüber zu bewirken sind, sondern um Veröffentlichungen der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) selbst, die teils monatlich, so bei den Ländern, teils vierteljährlich, so bei den Gemeinden (Gemeindeverbänden), erfolgen sollen.

Auf Grund dieser Verordnung wird es, wie man zuerzuchtlich erwarten kann, gelingen, über die gesamte deutsche Finanzangelegenheit noch mehr als bisher und schoneller noch als bisher Aufschluß zu geben. Damit wird einer die Finanzangelegenheit wirksam fördernden Erörterung über diese wichtige öffentliche Angelegenheit die erforderliche sichere Grundlage gegeben, und zugleich für die großen Fragen der Verwaltungsreform im Sinne höchstmöglicher Leistung bei sparsamstem Aufwand vieles gewonnen sein.

Amerikaner als Heher.

Der verständige Aestor. Brüssel, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In Döwemtohi seit Wochen ein heftiger Streit wegen der am 1. Juli stattfindenden Einweihung des von Amerikanern gestifteten neuen Universitäts-Bibliothekgebäudes. Der amerikanische Architekt Warren hat für die Bauarbeiten eine in Stein gehauene Inschrift in jämmerlichem Rückenlatein angefertigt, die heißen soll: „Was der teutonische Furor zerstört, ward durch amerikanische Spenden wieder aufgebaut.“ Der Rektor der Löwener Universität, Prälat Laduze, widersetzte sich dieser sowohl der Sprache wie der Gestaltung nach herberischen Inschrift und ließ eine inschriftliche Bauauftrag anbringen. Der amerikanische Architekt kämpfte jedoch mit allen Mitteln für seine Inschrift. Auch die belgische Presse setzte sich mit wenigen Ausnahmen für die Inschrift ein, während der Löwener Universitätsrektor wegen seiner Haltung in schäblicher Weise angegriffen wurde.

Am Sonnabend kam es nun zu einer nichtevidenten Schlacht. Warren beauftragte einen belgischen Architekten, die Bauarbeiten mit seiner Inschrift anbringen zu lassen. Der Rektor der Universität war dagegen mit einer amtlichen Ermächtigung zur Stelle und erklärte, die Anbringung der Inschrift im gegebenen Falle mit Gewalt zu verhindern. Da der Architekt nicht nachgeben wollte, ließ ihn der Rektor durch die Polizei abführen. Eine große Menschenmenge wohnte diesem eigenartigen Austritt bei.

Es heißt nun, daß dieser Kampf, der groteske Formen annimmt und bezeichnend ist für die in weiten Kreisen noch immer bestehende Stimmung, schließlich dadurch seine Lösung finden soll, daß die Inschrift bei der Einweihungsfeier doch noch angebracht, aber am gleichen Tage wieder heruntergeholt wird.

Bermischtes.

Große Ueberflutungen. In der letzten Woche im Rheingebiet eingetreten. Im Kreis Aachen sind fast 1000 Hektar Ackerland unter Wasser. Die Ernte ist hier vollständig vernichtet. Der Schaden wird auf viele Hunderttausend Reichsmark geschätzt. Auch in Litauen ist ein großer Teil der Ernte durch Unwetter vernichtet worden.

Brand durch Bligglag.

In Bidingen bei Stuttgart hat der Blitz in einem Stroh von drei zusammengehaltenen Wohnhäusern eingeschlagen. Trotzdem die Feuerwehr sofort eingriff, ist das oberste Stockwerk niedergebrannt und das zweite Stockwerk vollständig ausgebrannt. Die Bewohner konnten mit Mühe das nackte Leben retten.

Saison-**Wollverkauf**

Beginn Mittwoch
den 27. Juni

Bedeutende Preisermäßigung in allen Abteilungen

Woll-Musseline Große Auswahl, solid. Must., reine Wolle, ca. 75 cm br., 1.25, 1.45 1 25	Schweizer Vollwoile aparte Muster und Blumenkanten, 100 cm br. 1.50, 1.25 95	Composé-Kasha in modern. Travers- Streifen 1.50 1 35	Tailor mades der moderne Mantel- stoff, ca. 145 cm breit 4 90	Crêpe de Chine reine Seide in vielen Farben, ca 100 cm breit 3 25
Wasch-Musseline schöne Muster, ca. 75 cm breit, 55, 45 35	Crêpe Marocain reine Wolle in schön. Mustern, ca. 100 cm breit 1 10	Karos reine Wolle, moderne Muster, gute Qualität 1.25 1 00	Bastseide reine Seide, natur- farben und in neuen Mustern 1 35	Veloutine Seide mit Wolle, das moderne Gewebe, ca. 100 cm breit . 5.90 4 75
Waschseide bedruckt, in vielen soliden Mustern 75, 65 55	Kunstseide aparte Karos, für Futter, ca. 80 cm breit 1 25	Rips-Popeline reine Wolle, in allen Farben, ca. 130 cm breit 2 75	Bastseide reine Seide, in ver- schiedenen Farben, 80 cm breit 2 50	Herrenstoffe Gelegenheitsposten, darunter gute Kamm- garne, ca. 145 cm br. 9.50, 8.25 5 50

10% Kassen-Rabatt auf alle,
nicht im Preise herabgesetzten Waren.

Beachten Sie die billigen Preise in unseren
11 Schaufenstern.

Goldstein & Rettig

gegenüber der Magdalenenkirche. Jnh. Rich. Pohl u. Max Menzel.

Günstige Gelegenheit zum Erwerb unserer guten Qualitätswaren!

Stadttheater
(Opernhaus)
Dienstag 8 Uhr:
20 bis 22.30 Uhr:
22. Abonn.-Vorstell.
Serie F
Abschiedsvorstellung
Otto Sigmund
Madame Butterfly.
Mittwoch
20 bis 23 Uhr:
22. Abonn.-Vorstell.
Serie G
Wida.
Donnerstag
20 bis nach 22.45 Uhr:
Der Bolshoi
von Konjanski.
Hierauf:
Abschiedsvorstellung
Inge Swedlund:
Erstaufführung:
Der Vieraktigen.

Schauspielhaus.
Operettenbühne. 6875
Tel. 36300
Dienstag 20 Uhr:
Eine Frau von Formel.
Mittwoch 20 Uhr:
Die singende Venus.
Donnerstag 20 Uhr:
Drei arme kleine Mädels
Freitag 20 Uhr:
Gräfin Mariza.
Sonnabend 20 Uhr:
Der Zarewitsch.
Sonntag nachm. 15³⁰ Uhr:
Das Dreimäderlhaus

Liebig-Theater
Täglich 8 Uhr
Nur
noch 5 Tage!

Der ungeheure Erfolg
bei Publikum u. Presse
Die große Revue
Große Kleinigkeiten
in 20 Bildern mit
dem unerreichten
Kleinstensemble, den
großen Attraktionen
und den
Elite-Girls
Breite ab 1.00 Mk.

Reichweije elegante
Frad-L. Rot-
Anzüge
Herm. Mohaupt
Karlstraße 1, 1. Tel. 4.1303
früher Albrechtstraße.

Parteilreunde
kauft an Bahnhöfen,
verlangt in Hotels,
Restaurants, Cafés
slets die
Volkswacht

Lobe-Theater.
Tel.: 56747.
Dienstag 20 Uhr u. täglich
Der himmlische
Heiterkeitserfolg:
Saisonverkauf 1928
Die neue große Revue
im Lobe-Theater.
Telle von Paul Benary
und Carl Beck.
Kunst von Harry Kallan
Irene Anders Bertha 2. G.

Thalia-Theater
Tel.: 56747.
Dienstag 20 Uhr u. täglich
Der sensationelle Erfolg
Der letzte Schleier
Ein Stück in drei Akten
von G. W. Wheatley,
für die deutsche Bühne
bearbeitet v. Gustav Beer.
G. 3

Immer daran denken:



Henko
ist besser!

Henko macht das härteste Wasser schnell weich! Henko
läßt beim Einweichen spielend den Schmutz von der Wäsche!
Henko ist beim Putzen und Scheuern billig und leistet sehr viel!

Victoria
Theater. Tgl. 8³⁰ Uhr.
Nur 3 Tage! Gastspiel
Ludwig
Mertens
Wer liegt statt meiner
Frau im Bett
Famou:
Der Provinz-Onkel
Vorher 8 internationale
Spezialitäten
Ab Sonnabend:
die große Nacht-
revue
Breslau
ohne
Hemd

Für Mütter und Erzieher
das billige pädagogische Handbuch:
Das Kind, seine Pflege und Erziehung
gebunden 0.75
Aus d. m. Inhalt:
Das Kind, seine Pflege und Erziehung
Wie man Kinder erzieht
Die Mutter als Lehrmeisterin ihres Kindes
Sorgenfänger und ihre Behandlung
Zu beziehen durch die **Volkswacht-Buchhandlungen Breslau**
Neue Graupenstr. 5, Neue Taschenstr. 11 und Flurstr. 4

MAX BAUER:
Deutscher Fürstenspiegel
Bilder aus der deutschen Vergangenheit
Gebd. 12.00 Mk.
Der erste Versuch einer Sitten-
geschichte „Deutscher Fürsten“
Zu beziehen durch die **Volkswachtbuchhandlungen**
Breslau, Neue Graupenstr. 5 u. Neue Taschenstr. 11

Parteigenossen
besucht unsere **Reichsdruck-**
ausstellung in unserer Buch-
handlung Neue Taschenstraße 11
Eintritt frei!
Augenblicklich ausgestellt:
Dürer — Rembrandt

Teppiche Läufer, Divan-
u. Steppdecken
ohne Anzahlung in 10 Monatsraten liefern
Agay & Gildert, Frankfurt a. M. 13
Größtes Teppichversandhaus Deutschlands.
Schreiben Sie sofort! 11849

Die „**Frauenwelt**“ den Frauen
Zum Lesen, Denken und Schauen!
„Frauenwelt“
eine Halbmonatsschrift für die Frau
des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.
Zu bestellen b. allen Zeitungsträgern

Preis-Aufgabe!
tsreuz tlham, tmmok tsreuz rew
Für die richtige Lösung obigen Sprichwortes haben wir
folgende Preise ausgesetzt:
1. Preis: 1 EBzimmer-Einrichtung
2. Preis: 1 Schlafzimmer
3. Preis: 1 Kücheneinrichtung
4.-6. Preis: 3 Wäscheausstattungen
7.-16. Preis: 10 Grammophone
17.-20. Preis: 4 Fahrräder f. Damen od. Herren
21.-23. Preis: 3 Photo-Apparate
24.-50. Preis: Taschenuhren
sowie eine große Anzahl diverser
Trostpreise in reizender Ausführung.
Gewinner eines obengenannten Preises **ist Jeder,**
der uns die richtige Lösung einsendet. Die Preise werden
ausgelost. Die Einsendung muß sofort erfolgen und ver-
pflichtet Sie zu nichts. Wir bitten, die Lösung in
genügend frankiertem Brief einzusenden. Für besonders
gewünschte Auskunft wird um Rückporto gebeten.
Schreiben Sie sofort an: 11849
H. Ulbrich, Braunschweig Nr. 2a

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 26. Juni 1928.

Unsere Vertreterversammlung.

Gestern traten im großen Saale des Gewerkschaftshauses zum ersten Male die nach dem statutenmäßigen Beschluß der letzten außerordentlichen Generalversammlung gewählten Vertreter der einzelnen Distrikte zusammen, um zu den Vorschlägen des erweiterten Parteivorstandes für die Wahl der unbesoldeten Stadträte Stellung zu nehmen.

Sämtliche Vertreter, auch die der eingemeindeten, namentlich der Breslauer Ortsgruppe unserer Partei zählenden Ortsgruppen waren erschienen. Der auf Neuwahl des Parteivorstandes und der Pressekommission von einem Teile der Parteigenossen gestellte Antrag fand seine Begründung durch Genossen Weise mit dem Hinweis, daß die nunmehr der Breslauer Ortsgruppe durch die Eingemeindung zugewiesene Mitgliedschaft, deren Zahl wesentlich sei, die Möglichkeit haben müsse, ihren Einfluß geltend zu machen.

Zu den Vorschlägen für die Wahl der unbesoldeten Stadträte durch den erweiterten Parteivorstand waren weitere Vorschläge der Gewerkschaften gekommen, die jedoch der Ablehnung verfielen. Nach langer Debatte stimmte die Vertreterversammlung in ihrer Mehrheit den Vorschlägen des erweiterten Parteivorstandes zu. Die Liste der Gewählten enthält folgende Namen: 1. Paul Senf, Gewerkschaftssekretär, 2. Georg Frey, Kaufmann, 3. Alara Jils-Eckstein, Ehefrau, 4. Georg Cohn, Kaufmann, 5. Robert Wohlweber, Gemeindevorsteher, 6. Hans Ziegler, Gewerkschaftssekretär, 7. Gustav Scholz, Maschinenarbeiter, 8. Eiriede Schramm, Ehefrau, 9. Paul Heingelmann, Buchhalter, 10. Josef Klose, Schlosser, 11. Fritz Seewald, Filialleiter, 12. August Klose, Bäcker, 13. Anna Birnast, Ehefrau, 14. Fritz Tisch, Landestrat.

Arbeiter-Bildungs-Ausschuß Breslau.

Der Arbeiter-Bildungs-Ausschuß Breslau beschäftigt, im kommenden Herbst und Winter mehrere Kurse zur Erlernung fremder Sprachen abzuhalten. Geplant ist erstens ein Kursus in englischer Sprache für Fortgeschrittene (Fortsetzung des Kursus in englischer Sprache für Anfänger aus dem letzten Jahr),

- 2. ein neuer Kursus in englischer Sprache für Anfänger;
3. ein Kursus in polnischer Sprache für Anfänger;
4. ein Kursus in russischer Sprache für Anfänger.

Damit der Bildungsausschuß übersehen kann, ob für die Kurse eine ausreichende Beteiligung zu erwarten ist, werden Interessenten, die entweder bei der Sozialdemokratischen Partei oder bei einer dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Allgemeinen Freien Angestelltenbund angeschlossenen Gewerkschaften organisiert sind, gebeten, sich entweder auf der Redaktion der „Volkswacht“, Fränkelsplatz Nr. 3, oder auf dem Parteibüro, Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße Nr. 17, Zimmer 37, zu melden.

Die Fahradssteuer kommt nicht!

Eine wichtige Entscheidung der Preussischen Staatsregierung. Durch Gerüchte und Verbreitungen ist in der Radfahrerschaft seit längerer Zeit eine Unruhe eingetreten, die begründet wird mit der mutmaßlichen Wiedereinführung des Nummernzwanges und der Radfahrer-Karte, sowie der Einführung einer Fahradssteuer. Nunmehr hat das Preussische Finanzministerium auf eine Anfrage der Vereinigung Deutscher Radsporverbände folgende Antwort erteilt:

„Auf das gefällige Schreiben vom 2. Februar 1928 erwidere ich ergebenst, daß die Einführung einer Fahradssteuer in Preußen nicht beabsichtigt ist. Eine solche Maßnahme müßte auch im Hinblick auf die Forderung des § 13 Satz 3 des Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. April 1926 — RGBl. I S. 203 — rechtlichen Bedenken begegnen, da hier der Reichsgesetzgeber den für die Länder bindenden Grundlag aufgestellt hat, daß im Falle der landesrechtlichen Einführung einer allgemeinen Fahradssteuer zu Zwecken der öffentlich-rechtlichen Wegeunterhaltung die Personensfahräder ohne motorischen Antrieb von der Steuer frei zu lassen sind.“

Damit ist zur Genüge gekennzeichnet, daß auch den anderen Reichsländern, viel weniger aber noch den Kommunen das Recht zusteht, eine Fahradssteuer zu erheben, aber auch von Reichswegen wird versichert, daß nicht beabsichtigt ist, den § 13, Absatz 3, des Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. April 1926 — RGBl. I S. 203 — zu streichen, zu ändern oder zu ergänzen. Auch an die Einführung der beabsichtigten Fahrradnummern und Radfahrerkarten wird garnicht gedacht, denn auch hierin gibt der Preussische Minister des Innern eine schlagende Antwort, sie lautet wie folgt: „Auf das gefällige Schreiben vom 13. Juni 1928 teile ich ergebenst mit, daß die Einführung der Fahrradnummern und die Ausgabe von Radfahrerkarten nicht beabsichtigt ist. Ich halte eine derartige Maßnahme für eine Erleichterung des öffentlichen Verkehrs, die unter allen Umständen vermieden werden muß.“

Kraftomnibusfahrt nach den Grenzbauden.

Der Schlesische Verkehrsverband teilt mit, daß am Sonntag, den 30. Juni, und Sonntag, den 1. Juli, die Kraftomnibusfahrt nach den Grenzbauden im Riesengebirge wiederholt wird. Abfahrt Sonntag, den 30. Juni, 13.30 Uhr vom Leuenhienplatz (Südwestende) über Schweidnitz, Schlötertal, Reinsbachtal, Göbersdorf, Friedländer Grund, Kaffeepause an der Talpörrer Kapau. Rückfahrt Sonntag abends 18.30 Uhr von den Grenzbauden mit Abendstopp in Freiburg. Am Sonntag kann außer anderen eine empfehlenswerte Wanderung Grenzbauden, Schneekoppe, Leishnerbaude, Mohornmühle, Grenzbauden gemacht werden, im ganzen 7 Stunden. Grenzbauden werden in Friedland ausgegeben. Dafür ist postzeitlicher Ausweis mit Lichtbild mitzunehmen. Numerierte Fahrkarten zum Preise von 12,10 Mark sind in der Auskunftsstelle des Verkehrsvereins Breslau im Hauptbahnhof, Verkehrsstraße, werktäglich von 8-18 Uhr zu haben. Ebenso werden dazwischen Bestellungen für Nachtquartier zum Preise von 1,90 Mark angenommen.

Ein Besuch im städtischen Obdachlosenheim.

Die „Arbeiter-Zeitung“ sucht Breslauer Wohnungselend und findet es im — städtischen Obdachlosenheim.

Das „Bruderblatt“ sucht für eine Artikelserie „Stätten des Breslauer Wohnungselends“. Und hat sie in ihrem journalistischen Spürreifer schon gefunden — im Obdachlosenheim in der Magazinstraße. Denn hier, das Schlimme liegt so nah. Und beginnt in einer Zukunft, die Zustände im Obdachlosenheim sind katastrophal. Nun, wir wissen, daß es noch nirgends in einem Obdachlosenheim, einer Notunterkunft von vielen wohnungslosen Familien und Menschen, ideale Zustände, die alle befristeten dürften, gegeben hat. Wo Elend in solch starkem Maße konzentriert ist, sind Schatten dunkler, erscheinen selbst Sonnenwinkel finster und trübe. Und noch niemand hat sich hier besonders wohl — höchstens geborgen gefühlt. Das darf uns allerdings nicht hindern, hier untrüben vorbeizusehen. Ja gerade unsere ständige Kritik an den Breslauer Obdachloseneinrichtungen war es, die mit zu dem Bau des neuen Heimes in der Magazinstraße beitrug, und dafür Sorge trug, daß man schon heute am Erweiterungsbau des Obdachlosenheimes arbeitet.

Da unser Interesse an den städtischen Wohlfahrtsanstalten und besonders an den Obdachloseneinrichtungen nicht nur gelegentlich durch eine Zuschrift geweckt wird, sind wir einigermassen auch über die gegenwärtigen Zustände in diesen Stätten orientiert. Nur begnügen wir uns nicht mit der agitatorischen Auswertung einzelner „Fälle“, sondern versuchen, auch praktisch an der möglichen baldigen Beseitigung besonders schlimmer Verhältnisse mitzuwirken.

Was aber für katastrophale Zustände sind es nun, von denen die „Arbeiter-Zeitung“ berichtet? Zunächst einiges über das Heim selbst. Das alte Obdachlosenheim in der Schulstraße, das wohl noch den weit geringeren Ansprüchen vor dem Kriege genügen konnte, erwies sich aber dann in den Krisenzeiten der Nachkriegszeit dem starken Zustrom obdachlos gewordener Menschen nicht mehr gewachsen. Waren es doch in diesen Jahren der Wohnungsnot vor allem ganze Familien, die wenigstens für die Nacht ein Dach über dem Kopfe haben wollten. Als im vergangenen Winter trotz der Baraden an der Viehweide diese Stätten für Wohnungs- und Obdachlose nicht mehr ausreichten, wurde die Wohnbaracken am Neumarkt abgerissen werden mußten, rasch an eine Erweiterung gedacht werden. So entstand innerhalb weniger Wochen in dem Umbau der alten Seifenfabrik von Kerschinsky in der Magazinstraße ein neues Obdachlosenheim. Weil der Winter schon früh hereingebrochen war, mußte man sich zunächst mit einem Teilbau begnügen, in dem neben Tagesaufenthaltsräume für Familien, den Schlafräumen für Frauen und Kinder noch 25 Einraumwohnungen — ähnlich wie in den Wohnbaracken an der Viehweide — untergebracht werden. Waren zur Zeit der Uebergabe, im Dezember vergangenen Jahres, nur gegen 40 Familien hier untergebracht, so ist heute dieses Heim bereits mit gegen 120 Familien überfüllt.

Bei einem Rundgang kommt man zunächst in den großen dreigeteilten Tagesaufenthaltsraum für Familien. Je drei Familien ist ein großer Tisch als Tages„wohn“platz angewiesen; alle Tische sind besetzt, in Gängen spielen Kinder. Allzu ruhig geht es hier nicht zu. Eltern haben mit ihren Kindern, und das weibliche Personal oft auch mit den Erwachsenen zu tun. Hier fehlt Familienglück, aber auch oft jenes Einordnen in eine größere Gemeinschaft. Das ist kein Wunder, wenn man weiß, daß es Menschen sind, die in größter Not leben und oft schon am Rande der Verzweiflung gestanden haben. Diese Menschen, die hart und verbittert durch ihre Lebenslage wurden, sind nicht immer leicht zu betreuen. Täglich das gleiche Milieu, täglich den gleichen Um-

gang und ihr und der anderen Leid vor Augen. Manche „wohnen“ in diesen Räumen bereits ein halbes Jahr, aber da Wohnungen fehlen, ist der Abgang von hier nur ein sehr langsamer.

Aus diesem Grunde mußten im oberen Stockwerk noch kleinere Räume für den Tagesaufenthalt für Familien hergerichtet werden. Hier befinden sich allerdings, wie die Zuschrift an die „Arbeiter-Zeitung“ bezeugt, neun Familien tagsüber in einem Raum. Als ich aber bei meinem Besuch sie darauf aufmerksam machte, daß es doch hier zu viel Menschen in diesem Räume sind und ein Teil der Familien herausgenommen werden muß, wollte man durchaus nichts davon wissen und einige Frauen gingen darauf an zu weinen: „Man habe sich hier oben eingerichtet und eingelebt (!), lebe viel ruhiger um“. Auch die Leiterin dieses Heimes hatte, als sie vor einiger Zeit hier schon einige Familien herausnehmen wollte, die gleichen Bitten hören müssen und aus diesem Grunde es beim alten Zustand gelassen. Dessenungeachtet aber muß hier mehr Raum geschaffen werden, denn selbstverständlich ist ein Zimmer für neun Familien mit Kindern selbst für einen Tagesaufenthalt keine angenehme Bleibe. In einem anderen, allerdings größeren Zimmer, sind zehn Familien untergebracht, die merkwürdigerweise auch nicht von einander getrennt werden und lieber zusammengedrängt, als unten bei größerem „Betrieb“ hausen wollen.

Während diese Familien hier oben Kochgelegenheit in einem Vorraum haben, ist für die Familien in unteren Stockwerken ein besonderer Kochraum mit einer Anzahl von Wascherden geschaffen. Eine Nachfrage bei den verschiedensten Frauen ergab, daß allen die Möglichkeit gegeben ist, sich hier ein warmes Mittagessen zu bereiten, es also nicht stimmt, wenn die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt, „daß die meisten Menschen an ein warmes Mittagessen nicht denken können“.

Abends, und das ist vielleicht bei längeren Aufenthalten hier das bitterste, müssen die Familien getrennt zu ihren Schlafräumen. Während die Männer nach der Schulstraße gehen, sind für die Frauen und Kinder hier an Ort und Stelle die Schlafräume untergebracht und morgens erst findet man sich wieder zusammen. Tagaus, tagein. Wie glücklich sind dann die Familien, wenn ihnen hier in der Magazinstraße oder in den Wohnbaracken in der Viehweide eine Einraumwohnung zur gemeinsamen Benutzung zugewiesen wird. Diese Wohnkuben sind hier und da, wenn auch nicht groß, so doch durchaus wohnlich und zweckmäßig eingerichtet.

Das Ganze aber ist nicht ein besonderer „Standort“ in einer Stadt mit kapitalistischer Gesellschaftsordnung. Selbstverständlich muß eine Kommune heute, wo die Obdachlosigkeit soziales Problem geworden ist, und nicht mehr wie vor dem Kriege oft nur durch persönliches Verschulden begründet werden kann, alles getan werden, um hier zu helfen und zu lindern. Darum kann nur nachdrücklich gefordert werden, daß der Erweiterungsbau hier in der Magazinstraße bald nach dem Abbruch des übrigen Teiles des Fabrikgebäudes beschleunigt hergerichtet wird. Darüber hinaus, aber muß die Forderung gestellt werden: Baut Wohnungen! Denn wie bei allen sozialen Uebeln muß auch hier die Ursache beseitigt und nicht allein an den Wirkungen derselben gemildert werden.

Obdachloseneime aber werden immer Stätten des Wohnungselends sein oder sie werden nicht mehr sein. Es ist also ein recht billiges Verdienst der „Arbeiter-Zeitung“, hier Wohnungselend „entdeckt“ zu haben.

605 878 Einwohner in Breslau.

Die Breslauer Bevölkerung, die sich Ende April 1928 auf 605 523 Einwohner gestellt hatte, betrug Ende Mai 1928 nach der „Fortzählung“ (zum Anfangsbestand werden die Geborenen und Zugezogenen hinzugezählt, während die Gestorbenen und Fortgezogenen davon abgerechnet werden) des Städtischen Statistischen Amtes 605 878. Geborene wurden 907, Gestorbene 688 gemeldet, mithin ergibt sich ein Ueberschuß an Geborenen von 219. Die Zahl der Zugezogenen belief sich auf 5350, die der Fortgezogenen auf 5214, woraus sich ein Wanderungsgewinn von 136 errechnet. Zusammen mit dem Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle ergibt sich eine Zunahme der Bevölkerung gegen Ende April 1928 um 355 Köpfe.

Zu wenig Marken gefleht.

Nicht oft genug kann darauf hingewiesen werden, daß die Versicherer die nun einmal bestehenden gesetzlichen Bestimmungen erfüllen und die vorgeschriebene Anzahl von Invalidenmarken (leben müssen, wenn sie später die Invalidenrente erhalten wollen. Fehlen auch nur wenige Marken, so ist das Recht auf Gewährung der Rente verloren. Diese Erfahrung mußte auch der 66 Jahre alte Herr R. machen. Er hatte in der Zeit von November 1920 bis November 1922 nur 16 statt 20 Marken gefleht und bekam die Rente nicht. Er legte Berufung ein, zahlte sogar noch 41 Mark nach, hat um eventuelle Kürzung der Rente oder Bestrafung, nur solle man ihm überhaupt eine Rente zusprechen. Es nützte aber alles nichts. Eine Bestrafung wegen Nichterfüllung der Beiträge kam das Gesetz nicht, ebensowenig eine Kürzung der Rente aus jenem Grunde. Das Ober-Versicherungsamt meinte, es handle sich hier um einen bedauerlichen Fall, an dem aber nichts zu ändern sei. Wenn die Schuld hier den Arbeitgeber treffe, so könne er gegen diesen die Regreßklage einreichen.

Frühobst!

Wenn die immer wärmer werdenden Sonnenstrahlen die ersten Früchte zur Reife bringen, wenn Zweige und Äste der Kirschbäume durch die reife Last sich mehr und mehr der Erde zuneigen, wenn die Erdbeeren plötzlich über Nacht rote Pausen bekommen und zum Pflücken einladen, dann ist die Zeit gekommen, wo unsere Großstädte mit Frühobst überflutet werden, dann ist aber auch für alle an der Volkswirtschaft interessierten Kreise der Augenblick gekommen, um einmal ernstlich darüber nachzudenken, wie diese gewaltigen Mengen sehr häufig überreifen Frühobstes in möglichst gut erhaltenem Zustande der Bevölkerung zugeführt werden. Hierin liegt zweifellos eine hohe volkswirtschaftliche Bedeutung des Straßenhandels, die durch keine bekannte preisregulierende Eigenschaft erhöht wird. Es muß gerade bei diesen Frühobstorten berücksichtigt werden, daß sie eine Lagerung nicht vertragen können, da schon Stunden genügen, um diese manchmal im überreifen Zustande gefundenen Früchte dem Verderben auszuliefern. Unverzüglich müssen aus diesem Grunde die Obstmengen in die Bevölkerung hineingeleitet werden, welche Aufgabe der Straßenhandel sehr häufig geradezu vorbildlich gelöst hat. Im Interesse der Volksgesundheit wäre es nur zu begrüßen, wenn dem Verkauf dieser gewaltigen Frühobstmengen absolut kein Hindernis entgegengestellt wird. In jedem Fabrikgang jeder Straßenecke, an jedem Bahnhof wie auf allen Sportplätzen usw. sollte, ohne Rücksicht darauf, welche Stunde der Zeiger der Uhr anzeigt, der Obstverkauf freigegeben werden.

Heut abend

8 Uhr, Sitzung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion im Zimmer 6 des Gewerkschaftshauses.

Das falsche Fünfmärkstüd.

Eine Zeitungsvendlerin auf der Reuschestraße hatte am Montag, den 5. März d. Js., ein falsches Fünfmärkstüd vernahmt. Sie hatte 4,80 Mark darauf herausgegeben, als sie merkte, daß es falsch ist. Bei ihrem geringen Verdienst wäre das ein gewaltiger Verlust gewesen und so versuchte sie es wieder los zu werden. Als es aber als falsch erkannt wurde, erklärte sie unbedachterweise, daß sie es ja auch für die Hälfte des Wertes abgeben würde. Sie habe schon einmal ein falsches Zweimärkstüd gehabt und das habe sie in einem Vorstoßgeschäft wieder ausgegeben, ohne daß es bemerkt worden sei. Da sich aber im Sinne des Strafgesetzbuches auch derjenige ein Münzvergehen schuldig macht, der nachgemachtes Geld nach erkannter Unrechtheit in Verkehr bringt, wurde gegen die Zeitungsvendlerin Anklage erhoben. Am Sonntagabend vor dem erweiterten Schöffengericht beteuerte sie, daß sie sich beim Veruch das falsche Fünfmärkstüd weitergegeben, nichts Böses gedacht habe. Der Mann, der bei ihr das falsche Geldstück in Zahlung gegeben hatte, ließ sich nicht mehr hören; denn auf ihn wurde besonders aufgepaßt. Der Staatsanwalt beantragte 50 Mark Geldstrafe. Das Gericht berücksichtigte die wirtschaftliche Lage der Angeklagten und verurteilte sie wegen veruchten Münzvergehens mit dem Fünfmärkstüd zu 30 Mark Geldstrafe; diese Strafe darf sie in Raten bezahlen. Das falsche Geldstück wurde eingezogen.

Ein frecher Taschendieb.

Am Abend des 7. April d. Js., nach Schluß der Stadttheatervorstellung, wurde im Stadttheater ein überaus dreier Taschendiebstahl verübt. Der Artist Julius Friele hatte sich unter die Theaterbesucher gemischt, die an der Garderobe ihre Mäntel in Empfang nahmen. Als ein 68jähriger Herr im Begriff war, sich seinen Mantel anzuziehen, griff Friele nach dessen Uhrkette und stahl diese mit dem Uhr, ohne daß der Herr etwas gemerkt hätte. Ein anderer hatte aber den Vorgang beobachtet und er machte den Bestohlenen darauf aufmerksam. Der Dieb wurde verfolgt und konnte auch auf dem Schloßplatz festgenommen werden. Er weinte, gab die Uhr mit Kette zurück, legte sich aber einen falschen Namen bei. Später ergab sich, daß es sich um einen alten Taschendieb handelte, der wegen solcher Straftaten auch schon mit mehreren Jahren Zuchthaus vorbestraft ist. Eine seiner letzten Strafen waren fünf Jahre Zuchthaus, die er in Hamburg erhalten hatte. Vor dem erweiterten Schöffengericht am Sonntagabend war er geständig. Der ärztliche Sachverständige bezeichnete ihn als einen geistig minderwertigen Menschen, der vor allem auch durch die Zuchthausstrafen Schaden genommen hat. Mit Rücksicht auf dieses Gutachten, billigte ihm das Gericht mildernde Umstände zu und erkannte auf ein Jahr Gefängnis und wegen Beilegung eines falschen Namens auf zwei Tage Haft, 2 1/2 Monate werden ihm durch die Untersuchungschaft als verbüßt angerechnet. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr Zuchthaus beantragt.

Gefellenstreits im alten Breslau.

Von der ältesten bekannten Arbeitseinstellung in Deutschland, derjenigen der Breslauer Gürtlergesellen im Jahre 1329, ist man über die Ursachen nicht unterrichtet. Wir wissen nur, daß die Gesellen ein Jahr lang streikten und die Meister sie eben so lange ausperren wollten. Im Jahre 1333 fanden die Tuchmacher gegen die Konjunktur und die Stadt auf. Ihr Hauptmann konnte erklären, daß 900 Mann mit Wanzern und Felleisern in Bereitschaft ständen, und daß ihre Gesellen bereit wären, für Gut und Blut ihrer Meister einzutreten. Zu einem großen Aufruhr der Handwerker kam es auch im Jahre 1418, ein Ratsherr wurde dabei vom Rathaus herabgestürzt und sechs andere an der Staupe hingerichtet. In den Jahren 1459 und 1467 kam es wieder zu Aufständen der Handwerker. Die Entwicklung der Verhältnisse brachte es aber auch in Breslau mit sich, daß das harmonische, patriarchalische Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen gestört wurde und daß sich immer mehr ärmere Bevölkerungsschichten bildeten.

Nicht ganz mit Unrecht hat man die alten Innungsgesellen als die Vorgänger des modernen Proletariats bezeichnet. In demselben Maße freilich, wie sich die Formen unseres heutigen wirtschaftlichen Lebens von denen früherer Zeiten unterscheiden, in demselben Maße sind auch die alten Innungsgesellen von den modernen Proletariern verschieden. Die ersten waren sich des Klassen Gegensatzes zwischen ihnen und ihren Meistern noch nicht bewußt, das Ziel ihres Strebens war die Erlangung der Meisterwürde. Darum galt ihnen der Gesellenstand nur als eine Art von Durchgangsstadium. Aus dieser Auffassung heraus ist es auch zu erklären, daß den alten Innungsgesellen eine Arbeitsniederlegung nicht ein Kampfmittel um die Erreichung besserer Lohn- oder Arbeitsbedingungen war; wenn sie einmal zum Streit ihre Zuflucht nahmen, so geschah dies vielmehr nur, um hierdurch ihrer verkehrten Gesellenrechte Genugtuung zu verschaffen. Diese Beobachtung können wir auch bei jenen Gefellenstreits machen, die der Geschichte des alten Breslau angehören.

Es war an einem Juli Sonntag des Jahres 1544, da kamen während des Gottesdienstes die Zimmerhauergesellen an ihrer Herberge zusammen, um festzustellen, wie stark sie seien. Jeder legte einen Heller ein und es ergab sich, daß ihrer 50 Mann waren. Als der Breslauer Rat davon hörte, daß die Gesellen sich wider die Meister auflehnen wollten, wurden diese und die Meister auf des Rathaus gerufen. Hier verpflichteten sich die Gesellen, innerhalb sechs Monaten nicht von Breslau wegzugehen. Trotzdem wurden die Mitglieder in das Gefängnis gesperrt. Da fühlte sich die ganze Zimmerergesellschaft in ihrer Standesehre geschädigt und sie beschloß, am nächsten Tage die Arbeit nicht wieder aufzunehmen, wenn man ihre Kameraden nicht freigebe. Diese Entschiedenheit machte den Magistrat frustig und sofort wurden die Mitglieder wieder in Freiheit gesetzt. Die Breslauer Zimmerergesellen konnten ihren ersten historischen Streik verzeichnen.

Nur wenige Jahre später, im März 1550, beschloßen die Schenken- und Hausknechte der heiligen Kreuzherren-Innung ihren Vorgesetzten die Arbeit zu verweigern. Sie hielten es nicht mit ihrer Ehre verträglich, daß sie nicht frei wählen durften, bei welchem Kreuzherren sie in Arbeit treten wollten, daß sie vielmehr dorthin gehen mußten, wohin sie nach dem Ermessen der Innungsherren vom Boten geschickt wurden. Ehemals trat der Magistrat zu Gunsten der Arbeitgeber als Vermittler auf; nach bewährter Weise ließ er 16 der Streikenden in der Hand in den Stadtfriedhof und erleichterte außerdem ihren nächsten nicht schweren Beutel um fünf Mark (gleich 25 Pfund Silber). Die Schenken fühlten sich zu schwach, im Kampfe auszuhalten und so mußten sie sich den alten Bedingungen wieder unterwerfen.

Im Jahre 1718 hatten die Bäckergesellen Veranlassung, sich gegen ihre Meister zu wenden. Auf Betreiben eines Innungsältesten war nämlich aus der Lade Geld ausgehoben worden, ohne daß man die Einwilligung der Gesellen nachgefragt hatte. Diese verlangten sofort Zurückstellung des Geldes, und da dies nicht gleich geschah, legten sie einmütig die Arbeit nieder und zogen am 19. Juli samt ihrer Innungslade ins Albrechtslocher. Als sie darauf vernahmen, der Magistrat wolle mit Gewalt gegen die Streikenden vorgehen, verließ ein Teil das Locher und flüchtete aus der Stadt. Durch Ueberredung und List verjagte man nun, die im Kloster zum Zurückgebliebenen Bäcker zur Rückkehr zu ihren Meistern zu bewegen. Die Gesellen, ihres Fortschritts bewußt, verlangten höhnisch einen Umzug mit fliegenden Fahnen und klingendem Spiel. Hierauf ging natürlich der Magistrat nicht ein und so mußten die Breslauer Bäckermeister

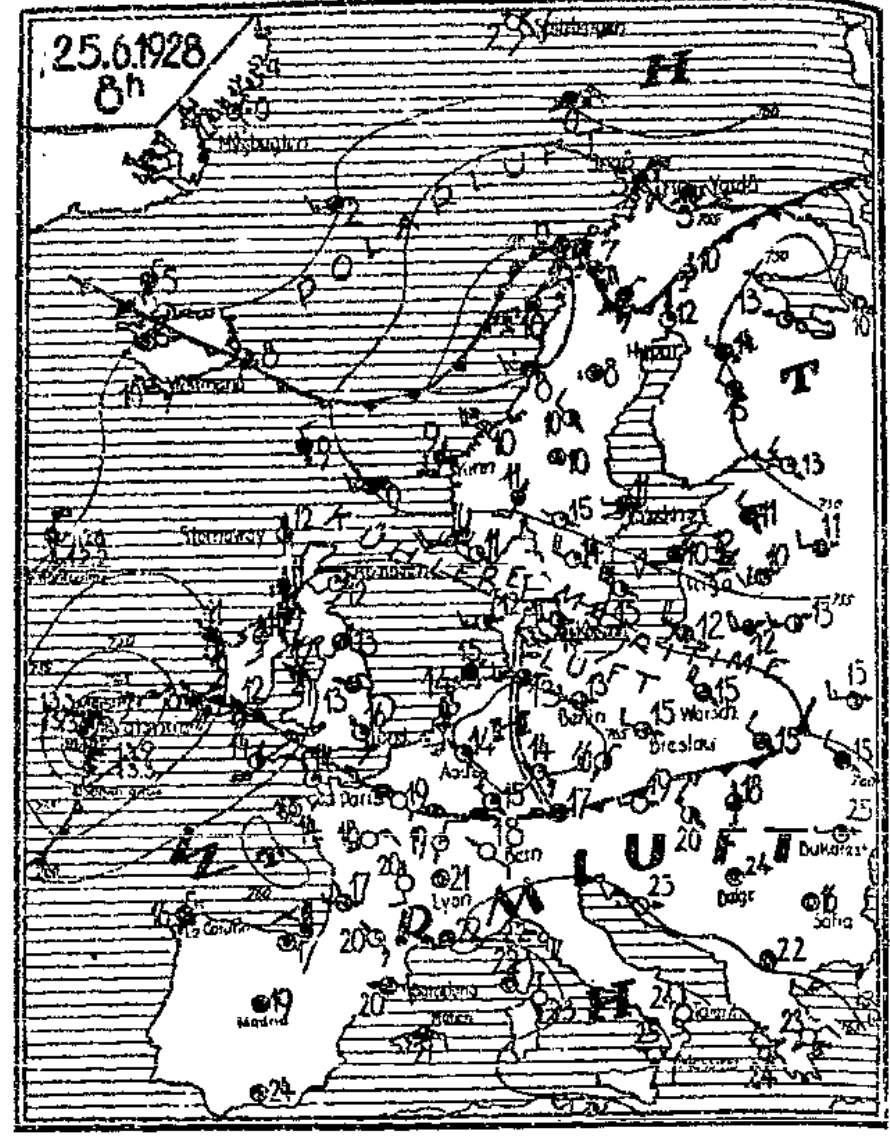
selbst ihre Wohlbeleibtheit damit abkühlen, den Breslauer Bürgern Brot zu verschaffen. Nur wenige Gesellen traten wegen Mangel an Geld in ihr altes Arbeitsverhältnis zurück, aber auch bei ihnen war das Solidaritätsgefühl so stark, daß sie ihre streikenden Kollegen unterstützten. Da beschloß der Magistrat zur Gewalt zu greifen. In der Nacht zum 28. Januar 1719 besetzte eine starke Abteilung von Stadtholdaten das Kloster, die Gesellen wurden in den Stadtfriedhof und auch jene, die zu ihren Meistern zurückgekehrt waren, wurden eingesperrt. Der angelegte Adelsführer wurde dazu verurteilt, zwei Stunden mit einer Aute in der Hand am Pranger zu stehen, während der Henker seine und anderer „aufreißerische“ Schriften öffentlich verbrannte. Darauf wurde der Kern des Stadtfriedhofes mit Brandmale geschändet und schließlich aus der Stadt gewiesen. Alle übrigen Bäder wurden ins Arbeitshaus gesteckt. Ein Teil kaufte sich später wieder mit Geld los, die anderen aber mußten schließlich auch entlassen werden, da sie sich weigerten, die ihnen auferlegten Arbeiten zu leisten. Ja, sie zerstückten sogar die für sie aufgestellte Handmühle und verübten noch anderen Unfug, so daß der Rat schließlich froh war, als er die bösen Streitbrüder endlich los war, zumal die Innungsmeister ihre Arbeitskräfte schwer vermigten.

Einen regelrechten Massenstreik der Handwerks- gesellen brachte das Jahr 1793 in Breslau. Es war vier Jahre nach der französischen Revolution, deshalb erklärte man dieses außergewöhnliche Ereignis für eine französische Erscheinung. Dies begab auch der Titel einer Flugblätter: „Frankreich in Schlesien“. In ihr heißt es: „Die Handwerksburschen, eine sehr respectable Klasse von Menschen, deren Anzahl so groß und deren Brüderlichkeit durch alle kultivierten Länder verbreitet ist, ohne deren Handarbeit kein gekleideter Staat bestehen kann, seit lauter Jünglinge, im Jugendalter glühend, einen geringen Grad von Bildung und Aufklärung besitzen, diese Handwerksburschen hörten alle auf zu arbeiten.“ So begann das erste Streikflugblatt Breslaus.

Der Anlaß zu diesem Massenstreik war seltsam genug. Ein Schneider war mitten in der Woche von einem Meister zum anderen in die Arbeit gegangen. Weil er so das auch von den Meistern beanspruchte Recht geltend machte, nicht erst den Wochenlohn zur Kündigung abzuwarten, wurde er vom Magistrat aufgefordert, zu seinem alten Meister zurückzukehren und, als er nicht Folge leistete, verhaftet. Darauf legten alle seine Kollegen gemeinsam die Arbeit nieder. Die Folge davon war, daß über 300 Schneidergesellen verhaftet und in die Kasernen gesperrt wurden. Am dritten Tage ihrer Gefangenenschaft oder erschienen plötzlich viele hundert Schmiede, Eselweber, Zimmerleute und Schuhmacher vor dem Gefängnis und erklärten, daß das Handwerk beschimpft sei, auch verlangten sie die Freilassung ihrer Kollegen vom Schneiderberufe. Die dem Verlangen nicht nachzugeben und die Inhaftierten freigelassen werden. Daß im Hinblick an diesen erfolgreichen Massenstreik Umzüge stattfanden, war begreiflich, aber in die Demonstrationen wurde mit Karrikaturen hineingeworfen. Anzuerkennen ist die heldenmütige Haltung aller Burschen, sie bewies, daß über die Grenzen des Gewerks hinaus, sich schon das Klassengefühl der Arbeiter bemerkbar machte. Die Gesellen nahmen erst wieder die Arbeit auf, als die Behörden den inzwischen abgereisten ungarischen Schneidergesellen wieder zurückgeholt hatten, die Opfer des Straßenkampfes mit allen Ehren begraben worden waren und die Schneider Entschädigung sowie Genugtuung erhalten hatten.

Einige Jahre später kam es wieder in Breslau zu einem Gesellenstreik, der zur Abwanderung der Tischlergesellen führte. Daraus wurde durch ein königliches Zirkular vom 11. Oktober 1796 allen, die an der Verurteilung teilgenommen oder ihr Folge geleistet hatten, die Karrenstrafe angedroht. Ueberhaupt wurden in dieser Zeit des Ueberganges vom handwerklichen zum kapitalistischen Betriebe die Gesellen in ihrer Rechte immer mehr eingeengt.

Von den mittelalterlichen Handwerksbetrieben bis zu den Fabrikbetrieben der Neuzeit ist ein langer Weg. Zwischen dem Zeitalter Hans Sachs und dem der gewaltigen Turbinen liegt eine Reihe von Zwischenstufen technischer und gesellschaftlicher Art. Und von den ungeheuren Anfängen einer Gesellenverbindung des zukunftsmächtigen Handwerks bis zu den großen politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen unserer Tage, von den Altgesellen des 13. bis zu den Betriebsräten des 20. Jahrhunderts führt ein langer, beschwerlicher Weg. Aber dieser Weg bedeutet einen Aufstieg in materieller, geistiger und gesellschaftlicher Beziehung.



Witterlicher Wetterbericht

des Meteorologischen Observatoriums Brietern bei Breslau. (Nachdruck, auch mit Quellenangabe, verboten.)

Das Zentrum einer neuen Störung, die sich nach westlich von Island befindet, wird in den Subtropenländern eine Föhnwind auslösen. Bei vorwiegend heiterem Wetter haben wir daher sehr warme Witterung zu erwarten, die sich späterhin in Verbindung mit Gewittern benetzen werden dürfte.

Ansichten für das schlesische Flachland und die schlesischen Mittelgebirge: Aufsteigender Südwest, zunächst noch heiter, trocken, sehr warm.

Ansichten für das schlesische Hochgebirge: Föhnig aufsteigender Südwest, vorwiegend heiter, trocken, wärmer.

aus konventionellen Gründen eine gewisse Zurückhaltung vor einem solchen Schritt.

Eine Reform des heutigen Eherechts dürfte nicht nur die Zahl der Ehescheidungen erhöhen und damit zugleich die Zahl der unglücklichen Ehen vermindern, sondern auch ein klares Bild über den Zusammenhang von Eheleben und Lebenslage geben. Schon vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches vor über 30 Jahren wurde eine Reform namentlich des ehelichen Güter- und des Scheidungsrechtes geordert. Inzwischen haben sich die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Gebiete bedeutende Wandlungen vollzogen, denen das alte bürgerliche Familienrecht stark nachhinkt. Es ist nun nahegerade Zeit, hier gründlich Reform zu schaffen.

Was kostet die Hebamme?

Neue Hebammengebühren im Regierungsbezirk Breslau.

Der Breslauer Regierungspräsident hat auf Grund des Preussischen Hebammengesetzes eine neue Gebührenordnung der Hebammengebühren für den Bereich des Regierungsbezirks festgelegt. Die hier vorgezeichneten Sätze sind nach Einkommenverhältnissen der Wöchnerinnen bzw. ihres Ehemannes abgeleitet und in zwei Feuerungsklassen für Breslau-Stadt und den übrigen Teil des Regierungsbezirks eingeteilt. Die einfache Gebühr für die Beistandsleistung einer normal verlaufenden Geburt bis zu acht Stunden beträgt demnach in Breslau 15 bis 60 Mark, außerhalb Breslau 12,50 bis 55 Mark. Bei Zwillingssgeburten oder Entbindungen mit leichteren Komplikationen heigern sich die Sätze um 3, bzw. 10 Mark. Die niedrigsten Sätze werden für Entbindungen auf Rechnung der Reichs-Wochenhilfe oder von Fürsorgeverbänden sowie bei Minderbemittelten in Rechnung gestellt.

Zwei Jahre Zuchthaus wegen versuchten Landesverrats.

Der 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts Breslau unter Vorsitz des Senatspräsidenten Schloßky hielt am Montag wiederum eine Sitzung ab. Wegen versuchten Landesverrats gegen ein polnisches Votum war der 34 Jahre alte Maurer Franz Beyer angeklagt. Während der Lebenslauf des Angeklagten in öffentlicher Sitzung verhandelt wurde, wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen, als es zur Erörterung der eigentlichen Straftat kam. Der Angeklagte ist offenbar durch eine unüberlegte Handlung, die ihm ein Strafverfahren aus § 175 des StGB. einbrachte, aus der Bahn geworfen worden; denn er befand sich in einer guten Stellung als Polizeiwachmeister im Eisenwerk, wo er sich dann die Straftat zu schulden kommen ließ und er zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt und aus seiner Stellung entlassen wurde. Nachdem er im Jahre 1925 seine Strafe verbüßt hatte, kam er nach Ober-Jedlitz im Kreise Frankenstein. Hier arbeitete er als Bauarbeiter, war aber auch oft arbeitslos. Seine Eltern waren durch die Abtrennung Polen geworden, er selbst hatte für Deutschland optiert. Von Ober-Jedlitz aus besuchte er dann des öfteren seine Eltern in Polen. Bei diesen Besuchen lernte er einen Polen kennen und in Verbindung mit diesem soll er sich dann der ihm zur Last gelegten Straftat schuldig gemacht haben. Die weitere Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Senat erkannte gegen ihn auf zwei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrlosverluft. Die Unterjuchungshaft wird ihm auf die Strafe angerechnet. Die Begründung des Urteils fand ebenfalls unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

• **Strasensperrungen.** Wegen Verlegung von Wasserrohren wird die Kreuzung Friedrich-Ebert-Strasse/Bogelweide vom 27. Juni bis 14. Juli halbsperrig für Fahrzeuge aller Art gesperrt. — Wegen Verlegung von Wasserrohren wird die von der Striegauer Kunststraße zwischen Kilometer 2,8 und 2,9 nach Marienhöfen abzweigende ehemalige Kreisstraße vom 2. Juli ab auf die Dauer von 6 Wochen halbsperrig für Fahrzeuge aller Art gesperrt. — Wegen Kanalarbeit wird die Charlottenstraße vom Renauftrage bis zum Promenadenweg am Mühlhügel vom 27. Juni bis 21. Juli für Fahrzeuge aller Art gesperrt.

Breslaus Ehescheidungen.

Die Zahl der gesetzlich vollzogenen Ehescheidungen ist im Verhältnis zu den Eheschließungen außerordentlich hoch. Nach Auszählungen des Preussischen Statistischen Landesamtes fanden im Jahre 1926 in Breslau 3960 Eheschließungen 517 Ehescheidungen gegenüber. Es wäre nun ein Trugschluss zu glauben, daß dieses Zahlenverhältnis ein Ausdruck für die allgemein bestehenden Familienverhältnisse wäre. In Wirklichkeit aber sind diese 517 Ehescheidungen nur ein Fruchtstück unglücklicher Eheschickale und vielmehr Beweis für eine Reform des heutigen Eherechts. Die Möglichkeit der Scheidung der Ehe ist nicht im Familienrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches festgelegt. Dieser Teil aber enthält die erschwerenden Bestimmungen, daß er unter ganz beschränkten Ausnahmen und nur für bestimmte Kreise eine Scheidung der Ehe in Frage kommt.

Eine nähere Gliederung dieser Statistik ehelichen Schicksals ist lehrreich in mancher Beziehung. Von den 517 Ehescheidungen war nur in 171 Fällen der Mann der Kläger, während in den übrigen 346 Fällen die Frau den ersten entscheidenden Schritt zur Lösung der Ehe unternahm. Dagegen aber erhob der Mann in 157 Fällen Widerklage, während es die Frau in nur 80 Fällen tut. In 378 vorgebrachten Ehescheidungsgründen war in 241 Fällen der Mann, in nur 137 Fällen die Frau des Ehebruchs angeklagt. Besondere Erwähnung verdienen nur 3 Männer ihre Frauen verlassen und umgekehrt 9 Frauen ihre Männer. Schwere Verletzung der ehelichen Pflichten, eheloses und unzüchtliches Verhalten haben sich 29 Männer und 96 Frauen zu schulden kommen lassen. Nur eine Ehe wurde wegen Geisteskrankheit des Mannes geschieden.

Die größte Zahl der Ehescheidungen erfolgte beim Mann in einem Alter von 30—40 Jahren, bei der Frau von 25—30 Jahren. Diese Zahlen, die nach den unteren und oberen Lebensaltern hin abnehmen, zeigen, daß selbst Ehescheidungen unter 25 Jahre wie über 60 Jahre hinaus vorgenommen werden. Die meisten Ehescheidungen erfolgten mit einer Zahl von 187 im 3.—10. Jahre der ehelichen Verbindlichkeit; im 10.—15. Ehejahre wurde nur in 88 Fällen Ehescheidung beantragt. Bei weiterer Dauer einer Ehe gehen diese Zahlen immer weiter zurück. In 386 Ehescheidungsfällen war der Mann älter als die Frau, in 151 übertraf das Alter der Frau das des Mannes. Bei einem Altersunterschied bis zu 5 Jahren wurde die Mehrzahl der Ehen gelöst, und war Ehebruch der hauptsächlichste Ehescheidungsgrund. Nach dem Religionsbekenntnis steht die evangelische Konfession (122 Frauen, 30 Männer) an erster Stelle; es folgt die katholische Konfession (122 Frauen, 168 Männer) und in weiterem Abstand die jüdische (17 Frauen, 20 Männer).

Die Auszählungen des Preussischen Statistischen Landesamtes geben uns auch weiterhin noch Aufschluß über Beruf und Berufsstellung der geschiedenen Männer in Verbindung mit Ehescheidungsgründen. Da es sich hier um absolute Zahlenangaben handelt und sie nicht ins Verhältnis zur Stärke der einzelnen Berufe gestellt sind, geben sie keine Aufschluß, auf welchen Beruf und vor allem auf welche Berufsstellung die größte

Anzahl von Ehescheidungen entfallen. Immerhin interessiert, daß von 517 geschiedenen Ehemännern 13 land- und forstwirtschaftlichen, 117 handwerklichen Berufen, 30 dem Verkehrsgewerbe, 169 dem Handel und Berufsgruppen, nur 14 der öffentlichen Verwaltung, soweit nicht schon spezielleren Berufen untergeordnet und 6 dem häuslichen Dienstgewerbe angehören. Verhältnismäßig stark sind die Rentner und Pensionäre mit 16 Ehescheidungen vertreten, wenn man die kleine Zahl und das zum Teil hohe Alter dieser Schicht berücksichtigt. Wenn in einem relativ hohem Maße Kreise der Arbeiter und Angestellten, und in geringerem Maße bessergestellten Bürger Ehescheidungen beantragten, so liegt dies vor allem an dem hohen Anteil der arbeitenden Schichten an der Gesamtbevölkerung. Man kann also nach diesen Zahlen zu beurteilen, etwa nicht von einer stärkeren Zerrüttung der Ehegemeinschaft in den unteren Volksschichten sprechen. Gerade in diesen Kreisen ist die Ehe, durch die oft weit größere wirtschaftliche Abhängigkeit voneinander, weil sie auch nicht die eine Ehe oft lösende Langeweile kennt, stabiler, als in bürgerlichen Kreisen. Auch die Einnahme, daß die besitzende Klasse durch größere Rechtsundigkeit und durch ihre Vermögenslage es in leichterem Maße, eine Ehe zu lösen, kann nicht als ausschlaggebend angesehen werden. Denn demgegenüber besteht in diesen Kreisen

Werbt

Das Blatt der

monatlich 2,10

Werktätigen

frei ins Haus

für die Volkswacht

Aleine Breslauer Nachrichten.

Die Arbeit der Feuerwehr. Am 25. Juni, gegen 1/12 Uhr, wurde die Feuerwehr nach Hummerlei 13 alarmiert. In einer im westlichen Stadt nach der Straße zu gelegenen Wohnstube war ein Ofen explodiert, so daß er von der Feuerwehr bis zur Hälfte abgetragen werden mußte. — Gegen 1/23 Uhr wurde die Feuerwehr zu einem Bodenbrande nach Paradiesstraße 23 gerufen. Hier waren auf unermittelte Weise vier Bodenlampen mit Inhalt und die Dachkonstruktion in Brand geraten. Das Feuer konnte mit zwei über das Treppenhaus vorgenommenen Schlauchleitungen gelöscht werden. Die Aufräumarbeiten zogen sich bis gegen 1 Uhr hin. — Gleichzeitig wurde die Feuerwehr durch den Weiber Ofener Straße 118 zu einem angeblich in Tschansch ausgebrochenen Feuer alarmiert. Es stellte sich jedoch heraus, daß das Feuer nicht in Tschansch, sondern in Radwanitz war. Hier brannte eine große Scheune in ganzer Ausdehnung. Die nach der Brandstelle entsandte Spritze der Breslauer Feuerwehr sowie die Spritzen der freiwilligen Feuerwehren aus der Umgebung konnten aber wegen Wassermangels nichts ausrichten.

Schreibergarteneinbruch. In der Sonntagnacht wurde von unbekanntem Täter im Schreibergartengelände in der Hedwigstraße eine Laube erbrochen, in der die Eindringlinge vierzehn Hühner vorfanden, die sie an Ort und Stelle schlachteten und mitnahmen. — Ein anderer Geflügeldiebstahl wurde in einem Grundstück in der Wallstraße ausgeführt, wo die nächtlichen Besucher einen Schuppen erbrachen und die darin befindlichen 15 Hühner und zwei Kaninchen als Beute mitnahmen.

Beim Ausweichen umgestürzt. Als am Dienstag morgen der Führer eines Dieseldiesels an der Ecke Höfjans- und Gartenstraße plötzlich ganz scharf ausweichen mußte, um einen unermittelten vor das Auto gefahrenen Radfahrer nicht umzureißen, verlor der Wagen das Gleichgewicht und stürzte um. Der Führer Alfred Trauboes aus Kattowitz stürzte dabei aus dem Auto und erlitt schwere Verletzungen an den Händen, so daß er sich sofort in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Fernsprechverkehr mit dem Ausland. Vom 1. Juli an gelten im Fernsprechverkehr mit Belgien, Dänemark, Dänzig, Jugoslawien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Norwegen, Österreich, Polen, Schweden, der Schweiz, der Tschechoslowakei und Ungarn als verkehrsreiche Zeit (1/2 der Gebühreneinheit), wie bereits im Verkehr mit England und den Niederlanden, die Stunden von 19—8 Uhr (gelegentliche Zeit des Abgangs-

10 Bitten

für den Verkehr mit Schwerhörigen,

veröffentlicht in einer Zeitung Hollands, verraten sehr viel Verständnis für die Seele der Schwerhörigen. Sie seien auch hier zur Beachtung empfohlen.

1. Bedenke, daß der Schwerhörige einsam ist, denn die Welt, in der er lebt, ist still.
2. Ein Schwerhöriger, der in einer Postle auftritt, wirkt nicht lächerlich, aber derjenige, der sich mit ihm nicht verständigen kann.
3. Laut und artikuliert Sprechen erfordert eine starke Nervenanspannung, bewahre darum deine Ruhe.
4. Wisse, daß deine Stimme dem Schwerhörigen gereizter vorkommt, als sie wirklich ist.
5. Verbändige den Schwerhörigen niemals mit der Annahme, er würde dich besser verstehen, wenn er sich mehr Mühe geben wollte.
6. Wehe von den Augen des Schwerhörigen, wie gern er dich verstehen möchte.
7. Schreie den Schwerhörigen niemals an.
8. Sprich zu ihm mehr mit den Lippen als mit der Kehle.
9. Versuche den Schwerhörigen zu überzeugen, daß er dich verstehen werde, und er wird dich verstehen.
10. Trage eine Woche lang dicke Watterpfropfen in den Ohren. Du wirst dann mit Schwerhörigen nicht wieder ungeduldig sein.

(Landes). Von demselben Tage an sind im Verkehr mit Belgien, Dänemark, Dänzig, Frankreich, Jugoslawien, Lettland, Litauen, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Polen, Schweden, der Schweiz, der Tschechoslowakei und Ungarn Festzeitgespräche nach folgenden Bestimmungen zugelassen. Festzeitgespräche sind Gespräche, die zu einer bestimmten (festen) Zeit, die der Anmelder bei der Anmeldung bezeichnet, ausgeführt werden sollen. Sie sind wenigstens eine Stunde vor der gewünschten Ausführungszeit anzumelden. Da die Festzeitgespräche den Vorrang vor den dringenden Privatgesprächen genießen, wird für sie außer der Gebühr für dringende Gespräche derselben Verkehrszeit noch eine Zulagegebühr von einem Drittel (1/3) der Gebührerhöhung, jedoch von mindestens 0,40 Mark, erhoben.

Zeugen gesucht. Auto- und Motorradfahrer, zusammenstoß. Am 17. Juni 1928, gegen 14 Uhr, ist an der Straßenkreuzung Augusta-Höfjansstraße eine Kleintrafifahrerin mit einem Motorradfahrer zusammengestoßen. Personen, die Zeugen des Vorfalls waren, werden gebeten, sich sofort bei der Kriminalpolizei Schuhbrücke 46, Zimmer 6, zu melden.

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Sportkarel. Morgen, Mittwoch, abends von 8 bis 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Abrechnung aller Kartellangelegenheiten.

Freie Turnerschaft Breslau, G. B., 7. Abteilung. Mittwoch, den 27. Juni, abends 9 Uhr, bei Kiple, Vorstandssitzung, 1/8 Uhr der Kassierer mit der Kartothek.

Arbeiter-Radfahrer-Berein Breslau. Monatsversammlung, Mittwoch, den 27. Juni, 20 Uhr, Gewerkschaftshaus, Zimmer 7/8. 4. Abteilung, Donnerstag, den 28. Juni, Abendtour, Start 1/27 Uhr, Waterloo-Platz. Programm von der Kraft müssen spätestens bis Mittwoch (Monatsversammlung) abgerechnet werden. 2. Abteilung, Donnerstag, den 28. Juni, Abendtour nach Deutsch-Lissa, Start 6 1/2 Uhr bei Klante, Hochstraße 7.

Ämtliche Devisenkurse der Berliner Börse vom 25. Juni.

1 Pfund Sterling	20,39	100 franz. Francs	16,41
1 Dollar	4,18	100 schwed. Kronen	12,30
100 belg. Gulden	188,43	100 Schweizer Francs	80,25
100 Belg. = 500 Franken	58,28	100 Yuletas	69,22
100 norm. Kronen	111,87	100 schwed. Kronen	112,30
10 Danzig. Gulden	81,49	100 Benga.	72,80
100 Lire	21,99	100 ägypt. Pfund	58,25
100 dän. Kronen	112,02	100 Lotm.	46,50

Wasserstand 26. Juni.

Kattbör	1.12	Kantern (Unter-Vegel)	1.10
Weisse (Stadt) vom 25. 6.	0.48	Dobersdorf	1.10
Weißmündung (Unter-Vegel)	1.54	Abflutmenge sekundlich 86 cbm	
Brick (Wassentian)	1.76	Küstenberg vom 25. 6.	0.55
Treßchen	1.63	Wasserwärme + 19,5°	

Am 22. Juni d. Js. verschied nach schwerem Leiden, der frühere Leiter des Provinzial-Berufsamtes

Herr Anton Rother.

Seit dem Jahre 1919 hat er zunächst im Dienste der Provinzialverwaltungen von Schlesien und Niederschlesien und nach Eingliederung des Landesarbeitsamtes in die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in dem Dienste des Provinzialberufsamtes geleitet, bis er am 1. April 1928 infolge Erreichung des 65. Lebensjahres aus dem Amte schied.

Getragen von seiner großen Liebe zu der deutschen Jugend hat er mit unermüdlicher Hingabe an sein Amt, die auch seine schwere Erkrankung nicht zu beeinträchtigen vermochte, den Grund gelegt für den Aufbau der amtlichen Berufsberatung in Schlesien.

Seine laute Gesinnung hat ihm die Anerkennung und Wertschätzung seiner Vorgesetzten und aller Mitarbeiter gesichert, die ihm über das Grab hinaus ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Breslau, den 23. Juni 1928. 6533

Der Präsident und die Beamten und Angestellten des Landesarbeitsamtes Schlesien.

Ich verreise 19215 am 1. Juli

Dr. Martin

Spezialarzt i Lungenleid. Breslau, Tauentzienstr. 58

Druderei Volkswacht

textil
moderne Druckmaschinen
Breslau 2, Fürststr. 4/6

Sie verdienen täglich 10 Mk. an Schürtenel. Nur persönlich kommen.

Reise

in Serge, Ritze, Leinwand, Herwolltatter, Rohhaar, Garn, Knöpfe, Kernseife, Erde, alles sehr billig, prima Ware • Detail und Engros

Bertold Lippert
Heinrichstraße 16 6390
Filialen: Oberstraße 17 und Weißbergstraße 42.

Morgen
Mittwoch
geschlossen!

Wegen
Vorbereitungen
zu dem am
Donnerstag, d. 28. Juni
beginnenden
Sommer-Ausverkauf

Leinenhaus
Bielschowsky
NIKOLAI-STR. BRESLAU ECKE HERREN-STR.

Am 23. Juni starb plötzlich durch Unglücksfall, unser guter Kollege, der Auto-Führer

Georg Gottschalk

im Alter von 29 Jahren. 655

Leicht sei ihm die Erde!

Das Auto-Personal der Brauerei E. Hause.

Am Sonnabend, dem 23. Juni, nachm. 4 Uhr, verschied nach langem, schwerem Leiden, jedoch plötzlich und unerwartet, mein lieber Mann, unser Vater, Schwieger- und Großvater, Schwager und Onkel, der Dreher

Richard Zimmer

im 53. Lebensjahre.

Im Namen der Hinterbliebenen
Die trauernde Gattin
Anna Zimmer, geb. Hoch

Beerdigung: Mittwoch, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle 2 des Oswitzer Friedhofes, Tor 6 (Erlöserkirche). — Trauerhaus: Elbingerstr. 3.

Verband der Bahnmittel- und Schweißarbeiter.

Sonnabend, nachm. 3 Uhr, verschied kurz vor seiner Hochzeit in Jauer, bei Ausübung seines Berufes unser Mitglied, der Mitfahrer

Georg Gottschalk

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Ortsgruppe Breslau.

Die Beerdigung findet Donnerstag, nachm. 5 Uhr, von Krematorium Grabschen aus statt.
Trauerhaus: Königgrätzer-Str. 24. 2524

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Am Sonnabend, dem 23. Juni, nachm. 4 Uhr, verstarb unser Freund u. Verbandskollege, der Dreher

Richard Zimmer

im Alter von 52 Jahren. 2521

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Oswitzer Friedhofes (Tor 6) aus.

Am 24. Juni verstarb unser werter Kollege, der Fahrer (techn. Abteilung)

Artur Mandelt

im Alter von 27 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Beteiligten der Freiwillig-Beerdigungskasse des Fahr- u. technischen Personals der Städtischen Straßenbahn. 654

Beerdigung: Mittwoch, 15 1/2 Uhr, von Trauerhaus, Ottostraße 46, nach Oswitz, St. Basilikus.

Einheitsverband der Eisenbahn-Beschäftigten.

Am 23. Juni, verstarb unser Verbandskollege, der Schlosser

Richard Schubert

von Br. Mochberg, im Alter von 44 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Dienstag, 25. Juni, 16 1/2 Uhr, von der Leichenhalle St. Paulus, in Cosel. 2523

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Am Sonntag, den 24. Juni, verstarb unser Kollege

Artur Mandelt

im Alter von 27 Jahren. 2525

Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, 27. 1/2 Uhr, von Trauerhaus, Ottostr. 46, nach dem Basilius-Friedhof.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Am 23. Juni verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Tischler

Heinrich Wittrich

im Alter von 64 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Dienstag, 25. Juni, nachm. 3 Uhr, von der Halle II. des Oswitzer Friedhofes, Tor 6.

1000 Stück
Damen-Flüte
Stück 3 Mark
Carlsplatz 3 I.
R. Glücksmann



Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Am Sonntag, dem 24. Juni, früh 4 1/2 Uhr, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Installateur

Alfred Goldner

im Alter von 22 Jahren. 2522

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Coseler Friedhofes (St. Barbara).

Mittwoch, den 27. Juni, um 20 Uhr:

Vortrag
im Saale der
Evangelischen Gemeinde
Grünstraße 14/16
Redner: Dr. Georg Kramer

Thema: „Das Werk des Geistes“ (II. Teil)
Eintritt frei! 61. Gäste willkommen!

Zur Klischees

und Matrizen, die innerhalb 14 Tagen nach Ablauf des Auftrages nicht abgeholt, kann eine Gewähr für Aufbewahrung nicht übernommen werden.

Berlag der Volkswacht

Buchhandlung Volkswacht
Modernes Antiquariat
Breslau 3, N. Graunengr. 5

Kleine Anzeigen

Sind Kommen gelehre einloilige Anzeigen von Verkauften, Kaufgeboten u. a. nur von Privat. Wort 3 Weminge, Zeit 4 Weminge

Garderoberkranz, Kuchbaum, polster, Stühle, 20 Wäpcheit, 95 Pf. Herfr. 20 Keller. 254 B

Leihweise elegante
Frad- Mod. und Smoking-Anzüge
A. Patalong
Schneidemeister
Bischofstraße 3.

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Arbeitsmarkt

Junge, kräftige
Wassermann

Sucht einige Wäschstellen.
Off. unter B. 241 an die Geschäftsst. d. Ztg. Kl. 1/14

Nobiles Rettung.

Der schwedische Flieger bei einem zweiten Rettungsversuch verunglückt.

Der schwedische Flieger Ljungberg, dem es mit dem Zwillingsflugzeug „Appland“ gelungen war, General Nobile zu retten, und ihn an Bord des Hilfsflugges „Quest“ zu bringen, ist bei einem zweiten Fluge in der Nähe des Lagers auf der Eisinsel verunglückt. Die Maschine überflieg sich beim Landungsversuch und wurde schwer beschädigt. Der Führer des Flugzeuges blieb unverletzt und wartet nun selbst auf seine Befreiung. Die Rettung, daß Ljungberg auch die Rettung eines weiteren Mitgliedes der Nobile-Gruppe gelungen sei, hat sich nicht bestätigt. Bald werden jetzt andere Flugzeuge versuchen, zu dem Lager zu gelangen.

Nobile, der von der „Quest“ nach der „Citta di Milano“ geschafft wurde, äußerte sich über seine Rettung wie folgt: „Ich wies Ljungberg an, zuerst Cicioni, dann dann Troiani, mich, Biglieri und zum Schluß Ljungberg zu befreien, Ljungberg lehnte dies ab und erklärte, daß er nicht erhalte, zuerst mich zurückzubringen, da ich gebietet werde, um Anregungen für die Nachforschung nach den anderen Vermissten zu geben.“

Nobile äußerte weiter, daß er sich nur widerwillig mit dem Plan einverstanden erklärte und er vor seinem Abflug Biglieri die Führung der Gruppe übergeben habe. Nobile, der einen Schienbeinbruch erlitten hat, dürfte in ungefähr vier Wochen geheilt sein. In einer von Bord der „Citta di Milano“ seine Gefährten gerichteten Botschaft teilte er den Zurückgebliebenen die weiteren Hilfspläne mit und sprach den Kameraden Mut und Hoffnung auf baldige Rettung zu.

Amundsens Aufenthaltort festgestellt.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Sowjetregierung einen Fundort des auf der Suche nach Amundsen befindlichen russischen Eisbrechers ermittelt, wonach es gelungen sei, den Aufenthaltort Amundsens festzustellen. Das an Bord befindliche Rettungsflugzeug werden versuchen, bei Amundsen zu landen, um ihn an Bord des Schiffes zu bringen.

Riesenuntererschlagungen

Bei der Spreewald-Dampfschiffahrtsgesellschaft „Stern“ in Berlin aufgedeckt worden. Die Potsdamer Kriminalpolizei, die die Vorgänge schon seit längerer Zeit verfolgte, hat am Sonntag 26 Fahrtkartenverkäufer und Kontrolloren festgenommen. Die Unterschleife betragen nach bisherigen Ermittlungen über 100 000 Mark. Man nimmt an, daß sich der Gesamtschaden der Gesellschaft auf etwa 200 000 bis 300 000 Mark belaufen dürfte und an den Durchschereien, die bereits 1920 begannen, etwa 120 Personen beteiligt gewesen sind. Die Verhafteten erklärten, daß die Betrüglerinnen und Unterschlagungen bei der Gesellschaft traditionell gewesen seien. Wenn einer der Angestellten Geld aus der Kasse entnommen hat, so entwertete er die Karten, die die Passagiere gelöst hatten, nicht, sondern steckte sie in die Tasche und verkaufte sie heimlich. Der Kontrolleur, der auf der Dampferbrücke Dienst tut, gab den Fahrgästen die Fahrscheine zurück, ohne daß sie entwertet zu haben. An den nächsten Haltestellen nahm der Komplize die Fahrscheine der vollgültigen Karten wieder ab und übergab den Fahrgästen, die die Karten zum zweiten Male ausgaben. In anderen Fällen übergab der Kontrolleur auf der Dampferbrücke den Fahrgästen einen entwerteten Fahrschein, während er in ihm zur Entwertung überreichten für sich behielt und einsteckte. Auf diese Weise fuhrten mit jedem Dampfer immer 20 bis 30 Personen auf Kosten der Gesellschaft. Den Erlös, der zum zweiten Male verkauften Karten verteilten die Schieber unter sich. Jeder Betrüger arbeitete für sich unter Duldung der anderen. Der Betrag ist nur dadurch aufgedeckt worden, daß im April dieses Jahres ein neuer Direktor der Gesellschaft von den Schwindeln erfuhr und belommen und einen Privatdetektiv mit den Nachforschungen beauftragt hatte. Ihm gelang es, die Durchschereien aufzudecken.

Ein blutiger Racheakt.

In der Nacht zum Dienstag wurde auf den Armenier Alfred Springer in seiner Wohnung in der Bioner Straße in Berlin ein Mordanschlag verübt. Der 32jährige Techniker Wohlrath schlug den Vorsteher mit einem großen Hackbeil zu Boden und ergriff die Flucht, konnte jedoch festgenommen werden. Es handelt sich um einen Racheakt. Springer hatte ein Unterstützungsgeld Wohlraths vor einigen Tagen abgeholt. Daraufhin kam dieser Sonntagabend 11 1/2 Uhr zu Springer und klopfte an die Wohnungstür. Als Springer öffnete, stieß er ihn in den Fluor, zog ihn in seinem Schlafzimmer her und schlug auf den Vorsteher ein. Springer mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Bier Ruderer ertrunken.

Im Anschluß an Einweihungsfeierlichkeiten für eine neue Schwimmhalle eines Wander-Rudervereins unternahm ein Viererboot auf dem Müritzer See bei Neustrelitz eine Probefahrt und geriet dabei in eine Regenboe, die die Boote kentern brachte. Von den Insassen konnten acht durch ein Berliner Segelboot gerettet werden, während die übrigen vier ertranken.

Schweres Autobus-Unglück in der sächsischen Schweiz.

Auf der teilweise sehr steilen Straße von Hohenstein nach Rorsdorf in der sächsischen Schweiz fuhr am Montag nachmittag ein großer Postautobus mit Anhänger gegen einen Straßengefährder, durchbrach es und stürzte die Böschung hinab. Der Führer verunglückte tödlich. Zwölf Personen wurden teilweise schwer, teilweise leichter verletzt sein. Die übrigen Passagiere hatten vorher den Wagen verlassen, um zu Fuß zu gehen. Sonst wären die Folgen noch bedeutend schwerer gewesen.

Familien-Tragödie.

Eine Arbeiterfamilie in Hannover, bestehend aus Eltern und Kind, beging in ihrer Wohnung Selbstmord durch Gasvergiftung. Die angestellten Wiederbelebungsversuche blieben bei allen Personen erfolglos.

Ein holländischer Dampfer gestrandet.

Der mit einer Ersatzladung von Rotterdam nach Vissau unterwegs befindliche holländische Dampfer „Palkenburg“ ist mit 21 Mann Besatzung an der nord-nordöstlichen Küste gestrandet. Hilfskräfte sind unterwegs.

Rathenau-Gedenkfeier des Reichsbanners.



Am 24. Juni, dem sechsten Jahrestage der Ermordung Walter Rathenaus, veranstaltete das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold eine Gedenkfeier an Rathenaus Grab auf dem Waldfriedhof Oberhähneweide bei Berlin. — Im Bilde: die Ehrenwache des Reichsbanners am Grab.

Der Neffe überfällt seine Tante.

In der Katharinenstraße in Berlin-Halensee überfiel ein junger Mann mit einem Komplizen seine Tante in deren Wohnung. Der Neffe verlangte von der Frau Geld und drang mit einem Dolch auf sie ein. Als die Ueberfallene Hilferufe ausstieß, verfluchten die Täter sie mit einem Lederriemen zu fesseln. Das alarmierte Ueberfallkommando nahm die Räuber fest. Die beiden Täter hatten sich im Gefängnis kennen gelernt und nach ihrer Entlassung beschloßen, sich mit Gewalt Geld zu verschaffen.

Der bestrafte Schwarzbrenner.

Das erweiterte Schöffengericht in Koblenz verurteilte den Brennerbesitzer Gustav Müller aus Leutesdorf wegen Schwarzbrennerei und Steuerhinterziehung zu einer Geldstrafe von 93 000 Mark und zu rund 26 000 Mark Werterlass; ein früherer Angeklagter Müller wurde zu einer Geldstrafe von rund 40 000 Mark und zu einem Werterlass von 10 300 Mark verurteilt.

Ein Polizeibeamter erschossen.

In Wolfenbüttel wurde am Montag früh gegen 3 Uhr der 32jährige Polizei-Oberwachmeister Deder aus Braunschweig von zwei Männern, die in das Verwaltungsgebäude des Friedhofes eingebrochen waren, durch drei Schüsse aus einer Selbstladepistole getötet. Man nimmt an, daß es sich bei den flüchtigen Tätern um dieselben Leute handelt, die wenige Stunden zuvor in einem Braunschweiger Vorort einen Einbruch versuchten und zwei herbeieilende Einwohner durch Pistolenschläge schwer verletzten.

Bluttat eines Abgewiesenen.

In der Ortschaft Schott hat sich in der Nacht vom Sonntag zum Montag eine furchtbare Bluttat ereignet. Ein Wäckermeister drang mit einem scharfen Beil bewaffnet in das elterliche Haus eines jungen Mädchens namens Maria Bölle ein, das er schon seit langem vergeblich mit seinen Anträgen verfolgte. Er drang in das Schlafzimmer der Geschwister Bölle ein und verlebte mit dem Beil der Maria Bölle mehrere Schläge über den Kopf und einen über das Gesicht. Auf die Hilferufe der Ueberfallenen eilten die Eltern herbei und sorgten für die Ueberführung des schwerverletzten Mädchens in das Krankenhaus. Der Täter konnte Montag früh in Salzbergen von einem Landjäger verhaftet und der Kriminalpolizei in Rheine zugeführt werden.

Der erste Versuch Mercedes Gleiche gescheitert.

Frau Gleiche, die sich am Sonnabend nachmittag doch entschloßen hatte, den irischen Kanal zu durchschwimmen, mußte ihr Vorhaben nach 7 1/2 Stunden aufgeben.

Eisenbahnunglück in Amerika.

Am Montag sind in der Nähe des Städtchens Durand in Kansas drei Waggons eines Personenzuges der Missouri-Pacific-Eisenbahn entgleist, wobei mehr als 60 Personen verletzt wurden, darunter 15 lebensgefährlich. Die Entgleisung ist vermutlich auf einen Schienenbruch zurückzuführen.

Die Leiden des Afrikaners.

Der lange Zeit vermist gewesene Afrikaner Wilhelm Filschner ist nach einer abenteuerreichen Forschungsreise in die unwegsamsten Gebiete von Tibet am Sonntag, von Benedig kommend, in München eingetroffen. Von dort will er nach kurzem Aufenthalt nach Berlin weiterreisen. Filschner hat während der eisigen Winterstürme im tibetischen Hochland große Leiden ausgestanden. Durch einen Sturz vom Pferde erlitt er Hand-, Fuß- und Rippenbrüche, die noch nicht ausgeheilt sind. Ganz besonders hat Filschner unter Frostschäden gelitten. Seine Füße sind noch heute durch narbige Risse so stark in Mitleidenschaft gezogen, daß er nur schwer gehen und kein Schuhwerk tragen kann. Trotzdem er zeitweise nichts zu essen gehabt hat, und barfuß gehen mußte, konnte der Forscher seine wissenschaftlichen Arbeiten lückenlos durchführen. Er hat über 22 000 Meter Film in tadellosem Zustand heimgebracht. Der schwerste Teil seiner Reise war die Ueberquerung der Himalayakette von Tibet nach Indien während des Winters, bei der er durch Schneestürme und Lawinen stündlich in Lebensgefahr schwebte. Vor zwei Jahren wurde auf diesem Wege eine Karawane von 70 Mann vollkommen verschüttet. Die englischen Behörden haben Filschner in jeder Weise unterstützt. Daß man ihn einige Zeit für ermordet hielt, beruhte auf einem Mißverständnis; damals waren 10 französische Missionare von tibetischen Priestern umgebracht worden, auch der Forscher wurde unter den Opfern vermutet.

18 Personen im brennenden Tempel begraben.

Während einer Gebetsübung brach im chinesischen Tempel zu Antung ein Brand aus, der mit großer Schnelligkeit um sich griff. Unter den brennenden Trümmern des zusammenstürzenden Gebäudes wurden 18 Personen begraben.

Eine furchtbare Bluttat

hat sich in Tengling bei Traunkstein abgepielt. Dort streifte der 40jährige frühere Hauptmann Holland seine 32jährige Frau durch einen Kopfschuß nieder und tötete sein drei Monate altes Kind durch einen Stich in den Hals. Die ganze Wohnung wies Blutspuren auf. Man nimmt an, daß der Familienmörder seine Tat aus Eifersucht begangen hat.

Zwei belgische Soldaten berauben einen Zivilisten.

Im Laufe des Sonntag haben auf einem Feldweg in der Nähe von Aachen zwei belgische Soldaten einem Einwohner eine Uhr und Kette geraubt. Der Ueberfallene benachrichtigte einen Polizeibeamten, der mit dem Ueberfallenen die Verfolgung der belgischen Soldaten aufnahm. Dabei setzten sich die Soldaten zur Wehr; einer bedrohte den Polizeibeamten mit dem Seitengewehr. Dem Beamten gelang es jedoch, den Angreifer mit seinem Dienstrevolver in Schach zu halten und ihn in einer von Belgiern belegten Kaserne in Aachen abzuliefern. Einer der beiden Täter ist mehrfach wegen Diebstahl vorbestraft.

Thea Rasche mit ihrem Flugzeug spurlos verschwunden.

Das Flugzeug Thea Rasches ist gegen 13 Uhr von Hadley Field plötzlich spurlos verschwunden, unmittelbar bevor das oberste Gericht die Entscheidung fällt, daß sich ihren Ozeanflug nach Hinterlegung einer entsprechenden Hafensumme ausführen könne. Die Bestimmung des Flugzeuges ist unbekannt; man nimmt an, daß es sich nach Neufundland begeben hat. Thea Rasche selbst war beim Abflug nicht an Bord und ist vermutlich erst später aufgenommen worden. Ueber die Persönlichkeit des Piloten und des Mechanikers besteht ebenfalls Unklarheit. Das Flugzeug hat einen ausreichenden Vorrat von Brennstoff an Bord.

Ein britisches Militärflugzeug abgetürzt.

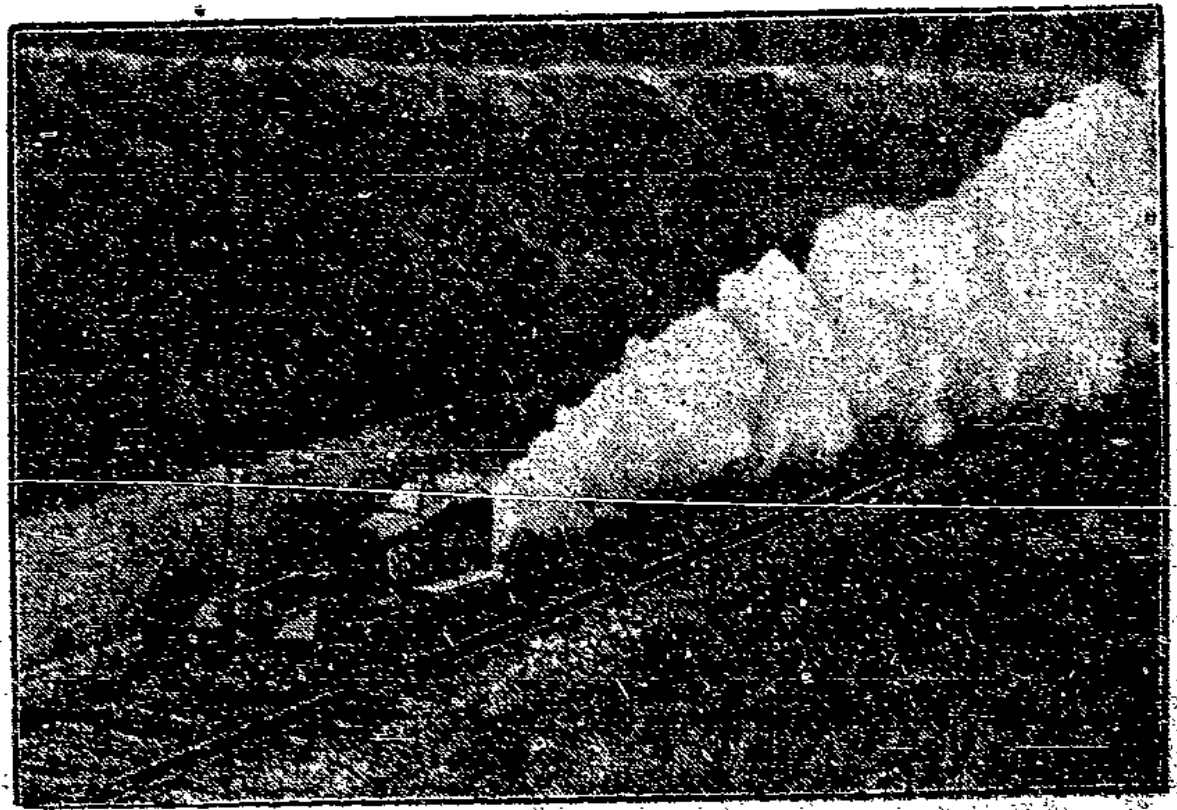
In der Nähe von Malta ist nach einer Mitteilung des Luftfahrtministeriums ein britisches Militärflugzeug abgetürzt. Der Führer, ein Offizier, wurde getötet.

Der Dampfer „Jervis Bay“ in Colombo.

Der australische Dampfer „Jervis Bay“ hat am Montag morgen in Begleitung des britischen Hilfskreuzers „Colombo“ erreicht. Die bisherige Untersuchung hat ergeben, daß die Anruher an Bord des Dampfers lediglich von den acht blinden Passagieren ausgegangen sind. Die Mannschaft hat nicht gemeutert. Die acht Verbrecher, die u. a. verurteilt hatten, das Schiff in Brand zu stecken, werden sich wegen heimlicher Anwesenheit an Bord, fortgesetzter Gehoramsverweigerung sowie Brandstiftung und Sachbeschädigung vor Gericht zu verantworten haben.

Die Fahrt des Raketenautos.

Das Raketenauto auf der Strecke Burgwedel- Celle in voller Fahrt, bei der eine Geschwindigkeit von 254 Stundenkilometern erreicht wurde.



Gewerkschaftsbewegung.

Die Bedeutung und Entwicklung der Zivilversorgung.

Eine öffentliche Kundgebung des Reichsbundes der Zivildienstberechtigten.

Der Reichsbund der Zivildienstberechtigten veranstaltete am Sonntag den 17. Juni eine öffentliche Kundgebung im großen Saale unseres Konzerthauses, an der neben den Delegierten und zahlreichen Besuchern auch die Vertreter der Behörden und Parlamentarier aller Parteien anwesend waren.

Die Tagung brachte zwei Referate, die teils inhaltlich zur Kritik herausfordern, die übrigens schon von einem Teil der anwesenden Parlamentarier in der anschließenden Begrüßung ebenfalls geäußert wurde.

Im Eingangs der Kundgebung hörte man ein Referat des Oberstleutnants Simon-Breslau über „Der Wert der Heeresfachschulen und ihre Bedeutung für Heer und Beamtentum“, das zunächst einmal einen Ueberblick über die Gliederung der Schule in die Zweige Verwaltung und Wirtschaft, Technik und Gewerbe sowie Landwirt gab. Die Heeresfachschule ist in erster Linie Soldatenschule, wenn auch sie vor allem Wert auf die Beamtenvorbereitung legt. An einzelnen Beispielen zeigte der Redner die Art des Unterrichts, der sich neben einer grundlegenden elementaren Durchbildung auch auf verschiedene andere Gebiete erstreckt, um den Soldaten für seinen späterhin freigelegten Beruf vorzubereiten. Daß aber diese Schulen — oder zumindestens die von dem Vortragenden geleitete — mehr Wert auf eine Erziehung zum militärischen Denken, als zum späteren vollwertigen und beamteten Staatsbürger legen, konnte man aus vielen Stellen seines Referates, das in Inhalt und Vortrag mehr der Rede eines Oberlehrers in einer Schulaula glich, herauslesen. Was z. B. soll einem vom Militärdienst Entlassenen und nunmehrigen Zivildienstberechtigten ein Geschichtsunterricht, der sich hauptsächlich auf Heeresgeschichte beschränkt. Auch die Art der Heimatkunde, die dort betrieben wird, erscheint uns nach den Darlegungen des Redners als reichlich romantisch und oberflächlich und man kann es sehr gut verstehen, wenn sich in engem Volkspatriotismus erzeugte Beamte dann empfindliche Verfechter föderalistischer Interessen werden. Die „Erziehung zum Gehorsam“ wird dafür sorgen, daß auch später noch nicht ganz das ferbide Beamtentum, dem jede freie Initiative fehlt, verschwindet. Hörte man recht viel von einer „Erziehung zur Wassentreue“, so bezichtigt wenig von einer staatsbürgerlichen Bildung und gar nichts von einer Erziehung im republikanischen Geiste. Wie man an keiner Stelle seines Referates den Einbruch gewann, daß es sich um den Unterricht und die Bildung eines republikanischen Heereskörpers handelte. Nur insofern erschienen uns diese Ausführungen lehrreich, als daß sie uns Veranlassung gaben, bei einer kommenden Reform der Reichswehr sich auch ein wenig den inneren Betrieb, das Unterrichts- und Referentenwesen näher anzusehen.

Da war schon der Vortrag des Bundesdirektors Krüger-Berlin über die Zivilversorgung, ihre Entwicklung und ihre Bedeutung für das deutsche Berufsbeamtentum instruktiver, wenn auch einzelne Ausführungen nicht unsere Zustimmung finden konnten. Der Redner befaßte sich einleitend mit der Art und dem Umfang der Zivilversorgung und dem Verhältnis der vakanten Stellen für mittlere und obere Beamte. Im allgemeinen ist ein inneres härteres Zurückgehen in den unteren Beamtendienst zu verzeichnen. Die aus der Armee entlassenen früheren Militäranwärter konnten schon vor dem Kriege keine Einstellung im Beamtendienst finden, zumal man mit der Schaffung neuer Beamtentellen immer zurückhaltender wurde. War auch teilweise eine härtere Aufnahme im mittleren Beamtendienst möglich, so war doch allgemein ein Zurückdrängen von Versorgungsanwärtern aus dem Beamtendienst zu verzeichnen. Die Folge davon war, daß eine immer größere Zahl von Unteroffizieren in der alten Armee verblieb. Das Kriegsende und die Reduzierung der deutschen Armee ließen die Zahl der Versorgungsanwärter bedenklich anschwellen. Der nun in den Reichsbund der Zivilberechtigten umgewandelte Verband der Militäranwärter hatte alle Kräfte anzustrengen, um die Rechte der Zivildienstberechtigten zu sichern. Es muß hervorgehoben werden, daß die damalige Regierung in den Jahren von 1919 bis 1922 eine erhebliche Zahl von Beamtentellen geschaffen hat. Allerdings haben dann später Post und Eisenbahn 15.000 und 20.000 Beamtentellen der Versorgungsberechtigten entzogen. Durch das Beamtenabbaugesetz 1923 wurden in ebenfalls hartem Maße die Anwärter betroffen und die Zivilversorgung fast zum Erliegen kam. Die Umwandlung von Staatsbetrieben in reine Wirtschaftsbetriebe hat sich ebenfalls nachteilig für die Beamtenschaft ausgewirkt. Die vorgenommene Umwandlung von Dauerangestellten in Beamtentellen konnte sich erst weit später auswirken. Nicht zuzukommen war dem Redner, wenn er sich gegen das Eindringen der Frauen in Männerberufe wandte, das sich ganz besonders in und nach der Inflation bemerkbar machte. „Im Beruf sind die Frauen nicht gleichgestellt den Männern.“ Hier befindet sich der Redner in scharfem Gegensatz zu uns, die wir der Auffassung sind, daß gerade auf wirtschaftlichem Gebiete die Gleichberechtigung der Geschlechter einzusetzen hat. Und wenn der Redner seinen Standpunkt mit Beispielen aus einem Postfachdienst belegt, an dem das weibliche Personal im einzelnen weit mehr Krankheitsstage zu verzeichnen hat als das männliche Personal, so ist das noch lange kein Beweis für die Minderwertigkeit der Frau im Beruf. Recht reaktionär aber zeigte er sich, als er seinem Bestreben Ausdruck gab, daß bei der Reichspost sogar ein weiblicher Referent (!!) eingestellt wurde. In seinen weiteren Ausführungen verurteilte der Referent, daß die für die Versorgungsanwärter vakanten Stellen einer immer schlechteren Qualifikation aufweisen. Nach Schilderung der besorglichen Lage der Schupo- und Reichswehrbeamten und der Schwerbeschädigten skizzierte er noch kurz seine Stellung zum Berufsbeamtentum. Die Zivilversorgung ist ohne das Berufsbeamtentum nicht denkbar.

Die anschließenden Begrüßungsansprachen der Vertreter der verschiedenen Parteien hielten recht lang aus, da der Reichstagsabgeordnete Lude von der Wirtschaftspartei eine weit über die Bedeutung seiner Partei hinausgehende Rede hielt und mit einem Phrasensturm seine Beamtentätigkeit befaßte. In launiger Weise stellt sich der volksparteiliche Abgeordnete v. Rheinhausen ebenfalls als beherzter Freund der Beamten vor. Das schließliche Gewinnen der Deutschen nationalen gegenüber den Beamten zeigt sich darin, daß sie nicht weniger als drei Abgeordnete als „Begrüßungs“-Redner vorstülzten. Erst Abgeordneter Schulz-Steglich von der Demokratischen Partei findet ein Wort der Kritik, die dann in ebenso energiegeladener wie sachlicher Weise unser Reichstagsabgeordneter Genosse Seppel weiter führte. Er wandte sich zunächst gegen die Ausführungen des ersten Redners, aus denen er als Politiker ein wenig mehr gehört habe, als die vielen überflüssigen Sätze es ausdrückten, und faßte, daß anstelle der bisher in so ausgedehnter Maße betriebenen Soldatengeschichte die Behandlung praktischer und Wirtschaftsfragen treten muß. In kurzen Worten weist er auf all die unzufrieden gebliebenen Verprechungen der Regierungsparteien gegenüber den Beamten hin. Daß die Prager Regierung, so hat sich die Bürgerliche Regierung weniger entgegenkommend gezeigt. Ohne auf diesen Beifall zu rechnen, erklärt er, daß auch die Sozialdemokratie dafür ist, daß den Versorgungsberechtigten geholfen werden muß. Kann man diese kritischen, aber dann nicht minder bezaubernd-schönen Ausführungen zunächst mit Widerstand auf, so folgt man doch bald mit nur so geringer Anwesenheit seiner kurzen Rede, was der Herr Schulz-Steglich, der ihr am Schluß geäußert wurde, keine die hier fast vertriebenen deutschen Beamten Vertreter so in Zusammenhang, daß sie das Schicksal der Rednerliche Hrenn noch einen Redner vorstülzten.

Der letzte Tag des Eisenbahnerkongresses.

Lohntarifffragen und Gedingewesen. — Arbeitszeitfragen.

Der letzte Tag des Kongresses der Deutschen Eisenbahner war ein Arbeitstag ersten Ranges. Die gesondert tagenden Kommissionen gaben ihren zur Abstimmung kommenden Vorschlägen und Statutenänderungen die letzte Fassung, während im Saal ein großes Aufraumen vor sich ging und sich Beschlüsse auf Beschlüsse aneinander reihten.

Am Vormittag erstattete Apitisch-Berlin ein vorzügliches Referat über Lohntarif und Gedingewesen. U. a. war daraus zu erfahren, daß im „Allgemeinen Eisenbahnerverband“ 6,13 Prozent der Lohnempfänger organisiert sind, in der „Christlichen Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner“ 13,6 Prozent, während der freigewerkschaftliche Einheitsverband 59,2 Prozent der Eisenbahner umfaßt. Der Redner berührte nach diesen Feststellungen Fragen des Lohntariffs und Gedingewesens, trat dann für soziale Lohnabkommen im Mantelvertrag ein, für den Fortfall der Frauenzulage und forderte statt dieser Befreiung der Grundzulage und eine Bezahlung der Rentnempfangen nach den von ihnen bekleideten Dienstposten anstelle des Arbeitsjahres. Ferner behandelte Apitisch die Urlaubsregelung, die verschiedenen Arten von Zulagen, Bezahlung der Schreibhilfen und alle übrigen Fragen, die in dem Rahmen des mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrags fielen. Das Ergebnis der Debatte ist in folgendem vom Kongreß angenommenen Antrag niedergelegt:

„Der Geltungsbereich des Tarifvertrags ist möglichst auf alle beschäftigten Bediensteten im Lohnverhältnis auszudehnen. Insbesondere muß alles daran gesetzt werden, daß die Zeit-arbeiter künftig unter den Tarifvertrag fallen. Die Organisation der Arbeitszeit für alle Bedienstetengruppen erstreckt werden müsse. Es muß versucht werden, die arbeitsmäßige Arbeitszeit im gegebenen Augenblick mit allen Mitteln zu erreichen. Das Spannungsverhältnis des Lohnes in ordentlicher Beziehung, das sich ergibt aus Wirtschaftsgeld, Ortsklasse und Ortslohnzulage soll möglichst eingetrigt werden. Die Ortszulage soll bei Berechnung von prozentualen Lohnzuschlägen und Gedingen über Verdienst als Grundlage angesehen werden. Es ist alles daran zu setzen, die festen Zulagen wie Nachtzulagen und Auswärtszulagen und dergleichen entsprechend der Gehaltsentwertung zu kürzen. Der Lohnvertrag soll künftig so umgestaltet werden, daß die Entlohnung der Mitarbeiterfähigen aufgrund ihrer tatsächlichen Leistung auf ihren Dienstposten erfolgt. Die Abschätzung der Leistungsfähigkeit soll unter Mitwirkung der Betriebsvertretung erfolgen. Die sozialen Bestrebungen des Lohnvertrags (§§ 19 und 22) sind weiter auszubauen, insbesondere muß Wert darauf gelegt werden, daß frühere Vergünstigungen, wie Freizeit zum Baden während der Arbeitszeit, wieder im Lohnvertrag aufgenommen werden. Die Regelung aller Streitigkeiten aus dem Reichslohntarif ist wie bisher dem Arbeitsgericht zur Entscheidung zu übertragen. Unter allen Umständen muß die Organisationsleitung bemüht sein, zu verhindern, daß der Maximaltarifvertrag mehr als bisher zum Minimaltarifvertrag ausgebaut wird. In bezug auf das Gedingewesen sind im Reichsbahnvertrag vertritt die Generalversammlung den Standpunkt, daß die abgeschlossenen Gedingevereinbarungen für alle Berufsgruppen, bei denen im Gedingearbeitet wird, so ausgebaut werden, daß durch die Vereinbarung in jeder Beziehung ein rechtlicher Schutz für die im Gedinge arbeitenden Kollegen gegeben ist. Die ungünstigen Auswirkungen aus den Arbeitsunternehmensarten sowie solche von Nichtzählzeiten sollen möglichst bald beseitigt werden. Es soll versucht werden, die Gedingearbeitenden so abzufassen, daß einmal erarbeitete Stückzeiten nicht durch Verlustarbeiten an anderen Tagen im Lohnungszeitraum gekürzt werden. Die Organisationsleitung hat in der Zukunft ihr Augenmerk darauf zu richten, daß Gleicharbeit bei der modernen Rationalisierung des Arbeitsprozesses ebenso wie Gedingearbeitern bewertet werde.“

Nachmittags wurden die Statutenänderungen angenommen, ebenso die vorgeschlagenen Vertragsänderungen. Der nächste Kongreß soll in Hamburg stattfinden. Bei den folgenden Vorstandswahlen werden Scheffel-Berlin und Hermann-Nürnberg (unbesoldet) zu Vorsitzenden gewählt. Der übrige Vorstand setzt sich zusammen aus Hölzner (Kassierer) sowie aus

den Sekretären Apitisch, Blah, Breunig, Jahn, Jochade, Krause, Prawitz. Ferner werden gewählt Ferber-Berlin, Glüdel-Berlin, Hübner, Hübner, Kinner-Breslau, Mehger-Karlsruhe, Mieth-Erfurt, Münnikes-Dortmund, Pies-München, Richter-Leipzig, Schäfer-Jena und Schmidt-Hamburg. Zu Rebalten werden bestimmt Wilmann und Schulze.

Abends schloß Scheffel-Berlin die Generalversammlung mit einem Dank an Frankfurt, an die Presse für deren objektive Berichterstattung mit Ausnahme der kommunistischen Zeitung und an alle Kongreßmitglieder. Mit einem begeisterten genommene Hoch auf die nationale und internationale Gewerkschaftsbewegung endete die arbeits- und ergebnisreiche Tagung der deutschen Eisenbahner.

Verhärtete Führung des Berliner Bäckerstreiks.

Montag abend ist auch in den letzten der von der Organisation zur Arbeitseinstellung bestimmten Bäckerei-Großbetrieben in Berlin die Arbeit niedergelegt worden, so daß nunmehr nur 650 Bäckerarbeiter in den Berliner Brotfabriken in Streik stehen. Etwa ebensoviel Arbeiter sind in den Großbetrieben beschäftigt, die die Forderungen der Arbeiter anerkannt haben und die für die Lohnbewegung nicht mehr in Frage kommen. In der Anzahl von größeren und kleineren Betrieben, die zusammen nur 200 Arbeiter beschäftigen, hat der Verband der Nahrungsmit- und Getränkearbeiter die Belegschaften noch nicht zur Arbeitseinstellung aufgefordert. Die Inhaber dieser Betriebe haben jedoch ihren Arbeitern bereits mitgeteilt, daß sie von ihrer Organisation aufgefordert worden sind, die Arbeiter auszusperren, widrigenfalls ihnen eine Konventionstrafe auferlegt wird. Da der Nahrungsmit- und Getränkearbeiter-Verband von vornherein mit einer solchen Maßnahme gerechnet hat, würde die Durchführung der Aussperrung nur einen Schlag ins Wasser bedeuten und auf den weiteren Verlauf der Bewegung keinen Einfluß haben.

Der Dresdener Kongreß der Lederarbeiter.

besaßte sich am Sonnabend mit einer Reihe organisatorischer Fragen, die alle eine begründete Lösung fanden. Bei den Wahlen der Delegierten zum Hamburger Gewerkschaftskongreß und zum nächsten Internationalen Kongreß der Arbeiter Schuh- und Lederindustrie wurden die Vorschläge der Kommunisten durchweg abgelehnt. Der Verbandsvorstand wurde von allen gegen sechs Stimmen wiedergewählt. Ein Gegenantrag war nicht eingebracht worden. Als Ort für den nächsten Verbandstag wurde Karlsruhe bestimmt. Einstimmige Annahme fand ein Antrag, der die Ortsvereine auffordert, der Gründung von Werkportvereinen entgegenzuwirken, sowie eine Entscheidung, die den ADGB, den IGGB und die Reichsregierung ersucht, mit allen Kräften für eine baldige Klärung des streikenden Gebietes zu wirken. Der Vertreter des stangpösischen Arbeiterverbandes, Roux, gab am Schluß der Tagung seinen Freude darüber Ausdruck, daß trotz aller Gegenstände der Gedanke einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung die Tagung beherrscht habe.

Verbindlicher Schiedsspruch für Waldenburger Bergbauangestellte.

Für verbindlich erklärt wurde der Schiedsspruch für Bergbauangestellte, der vom Schlichtungsausschuß Waldenburg am 22. Mai d. J. gefällt worden war. Die Verbindlichkeitserklärung erfolgte unter besonderer Berücksichtigung der Entschädigung des Reichstages vom 17. Februar 1923 zu Artikel 1 § 6 der Schlichtungsordnung. Die Unternehmer hatten die Gehaltsstaffel kündigt und eine Herabsetzung der Gehälter beantragt. Der Schlichtungsausschuß in Waldenburg hatte dem jedoch nicht nachgegeben, sondern einen Spruch gefällt, wonach die bestehenden Gehälter weiterzuzahlen sind. Eine Reduzierung der Gehälter würde also nicht stattfinden.

Wirtschaft.

Der Gott der Kapitalisten.

Mussolini redet vor faschistischen Industriellen.

Bei der Eröffnung des Nationalkongresses der faschistischen Industriellen Italiens in Rom hat sich Mussolini, der faschistische Diktator, in dem vollen Glanze seiner unbegrenzten Eitelkeit und des unbegrenzten Wohlwollens der faschistischen Großkapitalisten baden dürfen. Tausende von Industriellen, so führte er aus, die ihre volle Zustimmung zum herrschenden Regime gegeben haben, sind in dem Augenblick nach Rom gekommen, da bereits die Neuorganisation der nationalen Gesellschaft so gut wie beendet sei. Aber wie die Länge und des Versiegens der Wahrheit die Methode des offiziellen Faschismus ist, so muß auch Mussolini von dem durch ihn geschaffenen Staat ein Bild entwerfen, das verlogen und falsch ist.

Das erste Mal in der Weltgeschichte, so führte er aus, sei eine große nationale Gesellschaft von 42 Millionen Menschen im Staate und durch den Staat organisiert. Er vergaß zu sagen, daß diese Organisation keine Organisation gleicher Menschenrechte, sondern nur ewige Unterordnung des wirtschaftlich Schwachen unter den wirtschaftlich Starken ist. Von der Verwirklichung der italienischen Industriellen sagte Mussolini, daß die Arbeitscharte unzureichend die Verwaltung und Verantwortlichkeit für ihre Unternehmungen den Industriellen zuteile. Er vergaß hinzuzufügen, daß das ausschließlich zum Nutzen des privaten Kapitals geschieht. Als Mussolini sich aber die aus dem neuen System hervorgehenden Pflichten gegenüber, sprach er mit keinem Wort von den Pflichten des Kapitalisten in seinem korporativen Staat. Theoretisch bemerkte er — ein wahrer Hehler auf die Lage der Arbeiter in Italien — daß die Arbeiter nicht mehr Ausbeutungsobjekt sondern Mitarbeiter der Produzenten seien. Ihr Lebensniveau müsse materiell und moralisch gehoben werden. In Wirklichkeit ist die Lage der italienischen Arbeiter heute durch niedrige Löhne, hohe Mieten, wucherische Preise, lange Arbeitszeit länger als je.

Mussolini unterstellt den unglücklichen, in faschistischen Zwangsgewerkschaften organisierten Arbeitern, daß es in ihrem eigenen Interesse liege, in Zeiten der Krise eine Herabsetzung der Löhne anzunehmen. Er vergaß aber zu sagen, daß der Faschismus in Krisenzeiten alles tut, um die Lohndiktate der Unternehmer zu fördern. Es sei ein Interesse der Unternehmer (!), so fährt Mussolini fort, nach der Überwindung der Krise die Löhne zu erhöhen. Aber der Faschismus legt dieses Interesse der Unternehmer an Lohnerhöhung von den Unternehmern selbst wahrzunehmen, ohne daß der Staat eingreift.

So ist die Rede Mussolinis auf dem faschistischen Industriekongreß in Rom eine einzige Unaufrichtigkeit und Verleugnung der Wahrheit. Kein Zweifel, daß besonders die faschistische Großindustrie Italiens und die faschistischen Großbanken Mussolini und sein System über alles lieben, denn sie haben von ihm nur profitiert und die faschistische Diktatur kann sich nur halten, weil das schwere Kapital aller Arten vom faschistischen Regime großen Nutzen hat.

Wir wollen zum Beweise nur wenige Äußerungen der italienischen Großunternehmungen aus deren Geschäftsberichte zitieren. Neun Monate nach der Errichtung faschistischen Regimes sagte der Präsident der großen italienischen Elektrizitätsgesellschaft Imprese Elettriche Conti: „Finanz- und Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen Regierung im Grunde diejenige Politik, die jahrelang von den italienischen Industriellen und Geschäftsleuten vor dem Auftreten der faschistischen Regierung gefördert worden ist. Möge Signor Mussolini mindestens 4 oder 5 Jahre an der Macht bleiben. Fünf Jahre später wird in dem Jahresbericht des großen italienischen Chemie- und Bergwerkskonzerns, der Montecatini-Gesellschaft, gesprochen von der Notwendigkeit der Konzernproduktion zur „nationalen Verteidigung.“ „Das Programm“, so heißt es wörtlich, „ist daselbe wie früher, nationale Reserven auszunutzen und die Mittel vorzubereiten die zum wirtschaftlichen Wohlergehen und zur Sicherheit des Vaterlandes notwendig sind. Ein solches Programm muß keinen Stillstand. Die Montecatini-Gesellschaft sieht voller Vertrauen der Zukunft entgegen, mit neuer Kraft, wie es die Schicksal der Größe Italiens erfordert.“ Dieser Geschäftsbericht könnte von Mussolini selbst verfaßt sein, aber auch Montecatini-Gesellschaft darf die Sprache Mussolinis sprechen, denn sie ist der Giftgasproduzent des faschistischen Imperialismus und der Lieferant des imperialistischen zu wendenden italienischen Heeres.

Der italienische Kapitalismus darf Mussolini dankbar sein. Mussolini hat ihm die kampffähigsten Organisationen der Arbeiterschaft geopfert, den Neunhunderttag zur Verfügung gestellt, ihn von der öffentlichen Kritik in Italien befreit, Förderung der schweren Industrie die Fusionsteuer befreit, zur Fernhaltung neuer Konkurrenz in Städten von mehr als 100.000 Einwohnern die Gründung neuer Industrien verbietet. Faschistische Regierung und Großkapitalisten arbeiten in Italien enger zusammen als irgendwo in anderen kapitalistischen Ländern. Auf dieser Zusammenarbeit, die zugleich die Unterdrückung Massen ist, ruht die ganze Stärke der faschistischen Macht. Mussolinis Diktatur ist die Diktatur des Großkapitals, dafür war der römische Kongreß der deutlichste Beweis.

Die amtliche Großhandelsrichtzahl vom 20. Juni 1928.

Die auf den Stichtag des 20. Juni berechnete Großhandelsrichtzahl des Statistischen Reichsamtes gegenüber der Vorwoche um 0,1 v. H. auf 141,0 zurückgegangen.

Amerikas Stahlindustrie gegen Europas Stahlindustrie.

Die amerikanische Stahlindustrie hat einen Exportverbot gegründet, dem voraussichtlich sämtliche amerikanischen Werke gehören werden. Amerika will offenbar die als Dumping betrachtete Ausfuhr der in der Europäischen Rohstahlgemeinschaft zusammengeschlossenen Länderindustrien kämpfen, was auch für die deutsche Schwerindustrie schädlich sein kann.